

Befehlshaber der Sicherheitspolizei
und des SD - Oslo

[Handwritten signatures and initials]
Oslo, den 12. Juli 1943

66

Tgb. Nr. 156/43g.

107555

Geheim!

04
[Handwritten: W, AW/IIa]

A.O.K. Norwegen (ic)
Eing.: 17. JUL 1943
Nr.: 3800/43g.
Anl. *[Handwritten]*

Meldungen aus Norwegen

Nr. 57

Vorliegender Bericht ist nur **persönlich** für den Empfänger bestimmt
und enthält Nachrichtenmaterial, das der Aktualität wegen **unüber-**
prüft übersandt wird.

I n h a l t s ü b e r s i c h t .

Allgemeine Lage

a) Stimmung

Seite: 1 - 2

Stimmungsmässige Auswirkung der militärischen Lage - Wirkung der deutschen Propaganda gegen den englisch-amerikanischen Luftterror - Ermordung eines deutschen Offiziers in Raufoss -

b) Innerpolitische Entwicklung

Seite: 3 - 7

Diskussion über die Gestaltung des deutsch-norwegischen Verhältnisses - Erklärung Minister Fuglesangs zum grossgermanischen Reich - Stellung des norwegischen Volkes zum Gedanken einer europäischen Neuordnung - Ausführungen Minister-Präsident Quislings auf dem Pfingsttreffen in Borre -

Asjonalt Samling

Seite: 8 - 14

Anhaltender Pessimismus in der NS in Bezug auf die deutschen Kriegsaussichten - Vorgänge um den Fylkesfører Aass, Hamar - Die inneren Parteiverhältnisse in Aust-Viken - Pfingsttreffen der NS in Borre - Verhältnisse innerhalb der NS in Bergen - Aufleben der Diskussion über die Freimaurerfrage -

Germanische SS und Waffen-SS

Seite: 15 - 18

Anhaltende Stimmungsmache gegen die Germanische SS Norwegen - Haltung einzelner Angehöriger des Frontkämpferkontors - Rückkehr der Schiläuferkompanie -

g n e r

a) Allgemeine Widerstandsbewegung.

Seite: 19 - 24

Anwachsende Zuversicht in gegnerischen Kreisen - Verbreiterung der gegnerischen Front - Veranziehung von Jugendlichen und Frauen - Ehemalige Offiziere in der gegnerischen Front - Festnahmen von Angehörigen einer Militärorganisation im Kommandeurbereich Bergen - Verbindungen gegnerischer Kreise zur norwegischen Staatspolizei - Ermordung eines deutschen Offiziers in Raufoss -

b) Marxismus

Seite: 24 - 26

Aufleben der gegnerischen Tätigkeit marxistisch-schwer Arbeiterkreise in Oslo - Enge Zusammenarbeit zwischen Militärorganisation und kommunistischen Kreisen -

c) Kirche Seite: 27 - 28

Verhältnisse in der kirchlichen Opposition nach der Festnahme von Hallesby und Hope - Rundschreiben des Kirchendepartements an die Pfarrer -

d) Freimaurerei Seite: 28 -

Artikel der Hochgradfreimaurer Bischof Frøyland und Höchstgerichtspräsident Mohr in "Aftenposten" -

Lebensgebiete

b) Kulturelles Leben Seite: 29 - 37

Festnahmen der norwegischen Staatspolizei an der Universität Oslo - Agitation gegnerischer Kreise gegen Lehrerschulen - Herausgabe von Fragebogen des Innendepartements an die Lehrerschaft - Vorgänge anlässlich der Propagandareise Minister Riisnaes's - Rücktritt von Expeditionschef Norvik - Wiederaufnahme von Versuchen zur Durchführung des Staatsjugendgesetzes -

Deutsch-Norwegische Gesellschaft Seite: 38 - 39

Verbot der Filmabende der Deutsch-Norwegischen Gesellschaft.

Kulturdepartement Seite: 40 - 42

Einsetzung eines stellvertretenden Ministers - Versuche von Expeditionschef Klevenberg zum Aufbau eines eigenen Propagandaministeriums -

Theater Seite: 43 - 45

Ausscheiden des Leiters des Staatlichen Theaterdirektorates - Der Boykott des Nationaltheaters -

Film Seite: 46 - 49

Haltung der gegnerischen Filmschauspieler - Aufnahme deutscher Grossfilme beim norwegischen Publikum - Das Aktualitätsproblem der deutschen Wochenschauspieler -

Presse und Schrifttum Seite: 50 - 53

Einschränkungen auf dem Gebiete der Presse - Einschränkungen auf dem Buchsektor - Gleichschaltung des Vereins Norwegischer Zeitungsbesitzer - Die Tagung der Union Nationaler Journalistenverbände in Wien - Einladung Knut Hamsuns ins Führerhauptquartier -

c) Verwaltung und Recht

Seite: 54 - 57

Vorarbeiten für eine Neuordnung der Lensmanns-Institution - Gesetz über Aberkennung der norwegischen Staatsbürgerrechte -

d) Wirtschaft

Seite: 58 - 73

Norges naeringssamband - Entwicklung der Fett-, Eier-, Fisch-, Kartoffel-, Gemüse-, Fleisch-Versorgung - Plan des Baues einer sogenannten Raumabahn - Nationaler Arbeitseinsatz - Schwierigkeiten bei der Einziehung der Arbeitspflichtigen -

- 1 -

A - Allgemeine Lage .a) Stimmung.

Die allgemeine Stimmung der norwegischen Bevölkerung verharnt weiterhin in der allmählich zur festen Gewissheit und Gewohnheit gewordenen Überzeugung, dass die Achsenmächte kurz vor ihrem militärischen Zusammenbruch stehen. Hin und wieder auftauchende Zweifel an der Richtigkeit dieser Überzeugung, die vor allen Dingen in intellektuellen Kreisen festzustellen sind, haben keine Bedeutung für die allgemeine Haltung der Bevölkerung. Immerhin wird jedoch das Ausbleiben einer sowjetrussischen Sommeroffensive auch in breiteren Kreisen häufig dahingehend gedeutet, dass die Sowjetunion an der Grenze ihrer militärischen Leistungskraft angelangt sei und sich bei der grossen Offensive im letzten Winter zu stark verausgabt habe. Mit umso stärkerer Gewissheit, in die sich in letzter Zeit allerdings nicht selten Stimmen der Ungeduld mischen, wird die englisch-amerikanische Invasion auf dem Kontinent erwartet. Fast allgemein wird angenommen, dass der alliierte Angriff gegen den Kontinent sich zunächst gegen Italien richten werde. Dabei ist bemerkenswert, dass diejenigen Gerüchte, die davon berichten, dass eine Invasion gegen Norwegen nicht geplant sei, besonders in der Küstenbevölkerung häufig mit einer deutlich spürbaren Erleichterung zur Kenntnis genommen und weitergegeben werden.

Der alliierten Luftoffensive gegen Deutschland wird fast allgemein grosse militärische und psychologische Bedeutung beigemessen. Die Presseberichte über die Verluste der Zivilbevölkerung in den westdeutschen Industriegebieten sowie über die Zerstörungen von Kirchen und Krankenhäusern werden auf der einen Seite als Beweis für die kriegsentscheidende Wirkung der alliierten Luftoffensive angesehen, während man auf der anderen Seite ein peinliches Gefühl hinsichtlich der Grausamkeit und Rücksichtslosigkeit des englisch-amerikani-

schen Vorgehens offenbar doch nicht ganz unterdrücken kann. Diese Tatsache kommt vor allen Dingen darin zum Ausdruck, dass die Redaktionen derjenigen Osloer Zeitungen, die in besonders scharfer Weise gegen die englisch-amerikanische Kulturbearbeitung Stellung nehmen, zahlreiche Zuschriften erhalten, in denen mit allen Mitteln versucht wird, die Engländer und Amerikaner zu entschuldigen.

In einem aus Oslo vorliegenden Stimmungsbericht heisst es u.a.: "Nach dem Angriff auf Köln ist in der Osloer Bevölkerung eine gewisse Reaktion gegen die englisch-amerikanischen Luftangriffe auf Deutschland festzustellen. Der Grossteil der Bevölkerung verurteilt das Zugrunderichten unersetzlicher kultureller Werte. Man meint, dass gerade die Engländer, die selbst so grossen Wert auf Kultur legten, diese auch besonders schätzen müssten. Fanatische Englandfreunde behaupten demgegenüber, die Deutschen brächten ihre Munitions- und Waffenlager mit Vorliebe in Kirchen, Krankenhäusern usw. unter. Auch der Kölner Dom habe in letzter Zeit als Munitionslager Verwendung gefunden."

Grosses Aufsehen in der Bevölkerung erregte die Ermordung eines deutschen Offiziers in Raufoss (Fylke Hedmark). Auf Anordnung des Reichskommissars wurden zwei als ausserordentlich deutschfeindlich bekannte Bürger aus Raufoss festgenommen und in Raufoss und Umgebung durch Plakatanschlag eine Bekanntmachung veröffentlicht, die die Erschiessung der Geiseln ankündigte, sofern bis 1.7.1943 keine zur Ermittlung des Täters dienende Meldung eingegangen seien.

Die Geiseln wurden am 28.6. wieder in Freiheit gesetzt. In Pressemitteilungen wurde zum Ausdruck gebracht, dass die Haftentlassung in Anerkennung der Tatsache erfolge, dass die Bevölkerung von Raufoss und Umgebung die deutsche und norwegische Polizei bei der Aufklärung des Mordes durch wertvolle Hinweise unterstützt habe und im übrigen einhellig von der gemeinen Tat abgerückt sei. Die Haftentlassung hat allgemein in der Bevölkerung Befriedigung ausgelöst.

b) Innerpolitische Entwicklung.

Die in den "Meldungen aus Norwegen" Nr. 56 berichtete Verschärfung der Diskussion über die Gestaltung des deutsch-norwegischen Verhältnisses hat im Laufe des Monats Juni zu einer gewissen Klärung geführt. Minister Fuglesang, von dem diese Erörterung im wesentlichen auf norwegischer Seite getragen war, hatte bei seiner kürzlichen Deutschlandreise sowie bei zwei Besprechungen mit dem Reichskommissar Gelegenheit, seinen Standpunkt zu grundsätzlichen Fragen der Zukunft Norwegens innerhalb der europäischen Neuordnung darzulegen.

Minister Fuglesang erklärte hierbei - allerdings unter Inerhaltung gewisser zeitbedingter Vorbehalte - sein Einverständnis mit dem Gedanken eines großgermanischen Reiches als dem Fernziel der europäischen und damit auch norwegischen Politik. Diese Erklärung Minister Fuglesangs hat gewisse Unklarheiten beseitigt, die insbesondere durch eine Äußerung Fuglesangs gegenüber einem Angehörigen der hiesigen Dienststelle vertieft worden waren, wonach er - Fuglesang - unter dem germanischen Gedanken etwas anderes verstehe als die Deutschen. Die im Rahmen dieser Debatte gegen Minister Fuglesang erhobenen Vorwürfe fassen im wesentlichen auf folgenden Wahrnehmungen:

1. Unter den Mitgliedern der Nasjonal Samling der grösseren Städte des Landes - insbesondere Oslos - wurde in den letzten Monaten in ständig steigendem Masse eine fühlbare Ablehnung der deutschen Politik, einzelner führender deutscher Persönlichkeiten usw. beobachtet. Der Verlauf dieser Entwicklung, die Gleichartigkeit der hierbei gegen die deutsche Politik benutzten Argumente und andere Beobachtungen liessen vermuten, daß es sich hierbei nicht um eine spontane Erscheinung handele, sondern vielmehr um das Spiegelbild der Haltung bestimmter führender Kreise der Partei.

2. Diese Vermutung konnte durch einige konkrete Fälle, in denen führende Persönlichkeiten der NS, die Minister Fuglesang nahestanden, vor einem grösseren Kreis von Mitgliedern ablehnende Äußerungen gegenüber der deutschen Politik machten, bestätigt werden. Diese Beobachtungen wurden weiter dahingehend vertieft, daß aus dem Kreis um Minister Fuglesang, der u.a. Persönlichkeiten wie die Expeditionschefs Klevenberg, Odd Viig, Heggstad, den Stabschef der NSUF Tiedemann-Ruud, den Riksadvokat Nordvik, die Fylkesförer Holm (Oslo), Aass (Hamar), Astrup (Bergen), den Regierungssekretär Thrana usw. umfaßt, immer wieder Äußerungen berichtet wurden, aus der eine nicht selten grundsätzliche Ablehnung der Ziele der deutschen Politik erkennbar war.
3. Darüberhinaus wurde die Beobachtung gemacht, daß die vom Departement für Volksaufklärung und Kultur betriebene Kulturpolitik Elemente einer nationalistischen Auffassungsweise enthielt, die sowohl nach Ansicht weiter norwegischer Kreise als auch nach hiesiger Ansicht in ihrer Konsequenz nicht dazu geeignet sind, im norwegischen Volk allmählich ein Verständnis für den großgermanischen Gedanken heranreifen zu lassen.

Zu dieser Feststellung nahm Minister Fuglesang in einem am 26. Juni geführten Gespräch Stellung und deutete bei dieser Gelegenheit die insbesondere in der Osloer Mitgliederschaft der NS zu beobachtende Ablehnung der deutschen Politik als vorübergehende und auf einzelne Gegenstände und Erscheinungen bezogene Kritik, die an der grundsätzlich deutschfreundlichen Haltung der breiten Masse der Mitglieder nichts ändern könne. Umsomehr verdient hervorgehoben zu werden, daß Minister Fuglesang im Laufe desselben Gespräches bemerkte, daß es z.Zt. strittige Fragen von wesentlicher Bedeutung zwischen der deutschen und norwegischen Politik nicht gebe. Während er noch vor einem Jahre deutsche wirtschafts-imperialistische Tendenzen - so etwa in dem Falle der Nordag - habe feststellen können, glaube er heute, daß solchen Erscheinungen keine große Bedeutung zuzumessen sei. Ein beunruhigendes

Moment hätten seit langer Zeit die deutschen Wohnungsbeschlag-
nahmen insbesondere in Oslo gebildet. Er habe aber jetzt den
Eindruck, daß in der Bevölkerung sich inzwischen ein gewisses
Verständnis dafür durchgesetzt habe, daß diese Maßnahmen nun
einmal als kriegsbedingte Belastungen hingenommen werden müßten.
In Bezug auf die finanzielle Verschuldung Norwegens erklärte
Fuglesang, es sei ja nicht zu erwarten, daß Norwegen in dieser
Frage so viel schlechter behandelt werden solle als z.B. die
Niederlande. Er rechne mit einer Nachkriegsregelung dieses Problems,
bei der die Lasten nach gerechten Maßstäben auf die europäischen
Völker verteilt würden. Daß man heute in einer so schwerwiegenden
und diffizilen Frage noch keine Regelung herbeiführen könne, sei
ihm vollkommen klar. In Bezug auf die Germanische SS betonte
Fuglesang seine grundsätzliche positive Einstellung zu dieser
Formation, indem er unterstrich, daß die Gründung der Germani-
schen SS zu einem erheblichen Teil ihm - Fuglesang - zu verdanken
sei. Daß Schwierigkeiten auf diesem Gebiet entstanden seien, sei
nicht zuletzt daraus zu erklären, daß die Germanische SS einen
großen Teil der befähigsten Männer und Führer aus dem Hird über-
nommen habe. Ferner bedeute es vielfach auch ein "Irritations-
moment", daß der "Stil" der Germanischen SS sich in einigen Punkten
von der norwegischen Auffassung unterscheide, so daß der Vorwurf,
die Germanische SS sei eine deutsche Organisation, häufig einer
spontanen Einstellung entspringe. Dann sei wohl auch nicht immer
der Eindruck vermieden worden, daß die Germanische SS eine Organi-
sation sei, die neben und nicht innerhalb der Bewegung stehe. Im
übrigen habe er das Gefühl, daß dieser Eindruck wohl mehr durch
das Verhalten einzelner Norweger in der GSS hervorgerufen worden sei.

In diesem Zusammenhang deutete Fuglesang ferner an, daß die GSS
einen Gedanken repräsentiere, für dessen innere Anerkennung das
norwegische Volk z.Zt. noch nicht in allen seinen Teilen reif sei.

Diese Seite des Problems der Stellung des norwegischen Volkes zum
Gedanken einer europäischen Neuordnung war in der letzten Zeit
mehrfach Gegenstand von Presse-Veröffentlichungen.

Der Direktor im norwegischen Rundfunk, Roald Dysthe, wirft in einem am 19. Juni 1943 in "Aftenposten" erschienenen Artikel die Frage auf: "Ist es unnorwegisch, europäisch zu denken?" und bemerkt hierzu, daß die Furcht zahlreicher Norweger davor, daß in einem zukünftigen Europa Norwegen von dem Großdeutschen Reich beiseitegedrängt werden könnte, unbegründet sei. Es bedürfe keines Scharfsinns, um zu verstehen, daß Deutschland den Frieden nicht ohne Zusammenarbeit mit den übrigen europäischen Völkern gewinnen könne. Im übrigen habe, so bemerkt Dysthe weiter, Deutschland bereits durch seine politische Einstellung zu den besetzten Ländern der Tatsache praktischen Ausdruck verliehen, daß es sich mit Europa solidarisch fühle.

Auf die Gefahren einer "isolationistisch" gesinnten kulturellen Entwicklung wies in einer ebenfalls in "Aftenposten" erschienenen Artikelserie der inzwischen zurückgetretene Expeditionschef im Departement für Kirche und Erziehung, Norvik, hin. Unter Bezug auf die aktuelle Sprachpolitik sowie auf eine z.Zt. sehr beliebte Geschichtsbetrachtung, die beide bestrebt seien, alle ausländischen Einflüsse auf die Bildung norwegischer Geistesart entweder zu leugnen oder als "fremd" zu verdächtigen und zu eliminieren, erklärt Norvik in seiner Artikelserie u.a.:

"Jetzt, da die Ideen von einem germanischen oder europäischen Bund in der Luft liegen, ist eine solche Redensart (von den "Fremden") ziemlich unmodern geworden. Man muß sich auch darüber klar werden, daß ein solcher Bund auf freiwilliger Basis unmöglich wird, wenn die Norweger, Schweden und Dänen aufeinander als "Fremde" blicken und sich in die Geschichten von ihren gegenseitigen Untaten vertiefen. Dann werden nämlich z.B. auch die Deutschen zu "Fremden". Wenn wir noch mehr Leute zu der Auffassung bringen, daß unsere früheren Unionen nur Unglücke gewesen seien, so vernichten wir in der Volksseele die Grundlage für eine neue und weitergehende germanische Union. Es ist darum nur unlogisch, daß diejenigen, die eine isolationistische Auffassung von unserer Geschichte haben, auf englische Hilfe zur Bewahrung der Isolation hoffen."

In diesem Zusammenhang ist bemerkenswert, daß die illegale

Flugschrift "Tri Fagbevegelse" in ihrer Ausgabe vom 5. Juni 1943 einen Artikel enthält, der die von Expeditionschef Norvik angeschnittene Frage jedenfalls im Grundsätzlichen berührt. In dem Artikel heißt es u.a.:

"Will man zu einer lebensfähigen internationalen Rechtsorganisation gelangen, so setzt dies voraus, daß alle Nationen freiwillig einen Teil ihrer Souveränität zu Gunsten der gemeinsamen Sicherheit abgeben. Die Zeit des Isolationismus ist vorbei. Die einzelnen Nationen verlieren nicht ihre Selbständig^{keit}, wenn sie die Lösung militärischer, ökonomischer und anderer gemeinsamer Aufgaben einer internationalen Organisation überlassen."

In dem Thema "Norwegens Stellung im neuen Europa" nahm auch der neue Expeditionschef im Kulturdepartement und stellvertretende Minister für Kultur und Volksaufklärung, Odd Viig, Stellung. In einem in der Zeitschrift "Ragnarok" erschienenen Artikel heißt es u.a.:

"Über das gesammelte neue Europa läßt sich schon jetzt sagen, daß es einem beständigen politischen und militärischen Druck seitens der anderen großen Machtblöcke ausgesetzt sein wird. Um diesem Druck entgegenwirken zu können, muß Europa sich so stark wie überhaupt möglich, machen. Das geschieht am besten dadurch, daß jedes einzelne Volk seine Kräfte auf das äußerste sammelt, seine wirtschaftliche Grundlage stärkt, seine körperlichen Kräfte härtet und seine geistigen und wissenschaftlichen Leistungen steigert. Im alten Europa waren starke Staaten eine Gefahr, im neuen Europa werden starke Staaten um der Belange der Gemeinschaft willen eine Notwendigkeit sein."

Bemerkenswert sind in diesem Zusammenhang ferner die Ausführungen Ministerpräsident Quislings anlässlich des traditionellen Pfingsttreffens der NS in Borre bei Tönsberg. Zu den bisher in Parteikreisen fast ausschließlich als "deutscher Wirtschafts-imperialismus" gekennzeichneten deutschen Kapitalinvestitionen in Norwegen erklärte Quisling: "Aber es ist klar, daß ein kleines Land wie Norwegen nicht dazu in der Lage ist, alleine eine solche (große) Industrie auszubauen. Dies muß in Zusammenarbeit mit den übrigen Ländern des europäischen wirtschaftspolitischen Großraums geschehen".

Nasional Samling.

Aus nahezu allen Teilen Norwegens liegen Berichte vor, wonach die Stimmung in der Nasjonal Samling anhaltend durch einen fühlbaren Pessimismus in Bezug auf die deutschen Kriegsaussichten gekennzeichnet ist. Vielfach ist in diesen Zusammenhang auch innerhalb der NS selbst eine schärfere und grundsätzlich formulierte Kritik an der Partei festzustellen. So kann z.B. auffallend häufig - entsprechende Meldungen liegen aus Oslo, Stavanger, Hamar vor - in Parteikreisen eine Diskussion darüber beobachtet werden, ob es zweckmässig war, die NS im Jahre 1940 zur Macht kommen zu lassen. Nicht selten wird dabei die Meinung ausgesprochen, dass es besser gewesen wäre, wenn die Partei aus der Opposition heraus erst eine "echte Revolution" durchgeführt hätte. Die gleiche Auffassung wird in der Mainummer der Zeitschrift "Ragnarok" in einem Artikel von Tor Strand zum Ausdruck gebracht. In dem Artikel heisst es u.a.:

"Keine Revolution - auf jeden Fall nicht die nationalsozialistische - kann dadurch gewonnen werden, dass Stellen besetzt werden. Diese Revolution ist eine organische und keine organisatorische Revolution - sie sollte auf jeden Fall eine organische sein. Man kann sie nicht auf einer Karte oder in Kontoren gewinnen, ihre Ideen müssen im Volke empowachsen."

Das Problem der Aufrechterhaltung einer "echten revolutionären Gesinnung" innerhalb der breiten Parteimitgliederschaft beschäftigt vor allen Dingen auch den Fylkesfører von Hedmark und Oppland, Axel Aass. Er erblickt die Lösung dieser Frage darin, dass die Partei sich stärker von der staatlichen Verwaltung distanziert und aus einer kritischen Position heraus den Erneuerungswillen der Parteimitglieder zu fördern und zu erhalten versucht.

Die weltanschaulich farblose Propaganda und Personalpolitik des Fylkesförrers Aass - Aass hat z.B. vorübergehend die Anwendung des "Heil og Sael"-Grusses und das Singen der NS-Kampflieder untersagt und anstelle dessen das Singen von Volksliedern und Aufführen von Volkstänzen empfohlen - in der NS des Fylkes Hedmark-Opland eine fühlbare Reaktion gegen ihn ausgelöst. Gelegentlich des am 20. Juni in Hamar stattfindenden Jonsok-Treffens der NS überreichten eine Reihe von ehemaligen Frontkämpfern der NS dem Förrer Quisling eine Eingabe, in der es u.a. heisst:

"Nach unserer Heimkehr merkten wir sofort, dass der Kontakt zwischen der Partelleitung und den Frontkämpfern nicht so war, wie er sein sollte und wie wir erwartet haben... Der Kampfesmut bei den Kampfgenossen ist weg und wir, die wir von der Front zurückgekehrt sind, finden uns nicht mehr zurecht. Wir haben den bestimmten Eindruck, dass die Front der Gegner gestärkt, während unsere eigene geschwächt wird. Die Partei wird hier auf eine so schwache Weise geleitet, dass wir uns bei den Gegnern nicht in Respekt setzen können. Es sieht so aus, als verachteten sie uns und täten sie, was sie wollten. Es wird nichts gegen den Terror unternommen - den kleinen Terror, der in Wirklichkeit die Sympathisierenden davon abhält, sich in die Partei einzumelden. Dies wird unweigerlich zu Einzelreaktionen führen, welche ungünstig wirken und eigentlich nicht vorkommen dürften."

Auch über die Frontkämpfer hinaus wird in Kreisen der alten Kämpfer der Bewegung über Zurücksetzung bei der Besetzung von Stellungen in Partei und Staat geklagt.

Die von einem NS-Redakteur geleitete, in Gjøvik erscheinende Zeitung "Vest-Opland" brachte kürzlich in Form eines Leitartikels einen ausserordentlichen scharfen Angriff auf Fylkesförrer Aass. Unter Anspielung auf die Tatsache, dass Aass

wegen einer Magenkrankheit frontdienstuntauglich geschrieben worden ist, schreibt die Zeitung u.a.:

"Wir haben hier daheim so viele, welche mit dem KO-Abzeichen usw. prunken; wenn jedoch die Frage des Fronteinsatzes aufgeworfen wird, dort, wo wirklich Not am Mann ist - nämlich im Kampf gegen den Bolschewismus - da weiss man den kürzesten Weg zum Arzt zu finden, um ein Magengeschwür festgestellt zu bekommen."

Die inneren Parteiverhältnisse in Aust-Viken entwickeln sich nach einem aus Fredrikstad vorliegenden Bericht durchaus günstig. Der neue Fylkesfører Dr. Haereid habe sich in breiten Parteikreisen starke Sympathien gesichert. Dagegen sei es neuerlich zu einer Verschärfung der Gegensätze zwischen dem früheren fungierenden Fylkesfører Steen und Haereid gekommen. Steen habe aber sehr stark an Ansehen innerhalb der Partei verloren, sodass von dieser Seite her keine ernste Gefahr für die innere Entwicklung der Partei drohe. Allerdings enthalte das scharfe Vorgehen Dr. Haereids gegen eine Reihe von örtlichen Parteikliquen die Gefahr, dass diese sich um Steen sammeln und auf diese Weise eine fühlbare Oppositionsgruppe innerhalb des Fylkes bildeten. Darüber hinaus sei unverkennbar, dass sich zwischen Fylkesfører Dr. Haereid und dem Fylkesmann H.S. Jacobsen Gegensätze zeigten, die früher oder später zu einem offenen Konflikt führen könnten.

Aus Fredrikstad liegt ferner ein Bericht vor, in dem die Aufnahme der Rede Quislings am 17. Mai in der NS in treffender Weise wiedergegeben wird. Der Bericht, der nachstehenden Wortlaut hat, entspricht besonders auch den in Oslo gemachten Beobachtungen:

"Man war beeindruckt von dem hervorragenden Aufbau der Rede Quislings, wenn man auch nicht allseitig mit demjenigen Teil, der sich mit dem Verhältnis zu Deutschland beschäftigte, einverstanden ist. Man erklärt vielfach, die Rede Quislings habe das Format einer Führer-Rede gehabt."

Das traditionelle Pfingst-Treffen der NS in Borre bei Tönsberg hat nach den bisher vorliegenden Meldungen einen allgemein befriedigenden Verlauf genommen. Die Teilnehmerzahl betrug etwa 2000.

Den Höhepunkt der Feierlichkeiten bildete die Rede Ministerpräsident Quislings, die von den Anwesenden mit Begeisterung aufgenommen wurde.

In den vorliegenden Berichten wird einstimmig auf den hervorragenden Eindruck hingewiesen, den die Germanische SS hinterliess. Die Lagergestaltung, der Vorbeimarsch und das allgemeine Auftreten der GSS-Männer fand allgemein Anerkennung.

In einem weiteren Bericht, in dem im übrigen hervorgehoben wird, dass die Veranstaltung einen guten Eindruck hinterliess, wird auf eine Reihe kleiner Organisationsmängel hingewiesen. So wird z.B. berichtet, dass beim Eintreffen des Ministerpräsidenten in Borre keinerlei Notiz von diesem genommen wurde. "Längere Zeit stand er etwas vereinsamt auf dem Festplatz, wo in etwa 30 m Entfernung ein Handballspiel ausgetragen wurde, dem das Hauptinteresse galt und das beim Erscheinen Quislings nicht unterbrochen wurde. Bei einem kurzen Regenschauer suchte alles fluchtartig die Zelte auf, sodass es um Quisling ziemlich leer wurde, bis dieser schliesslich auch in ein Zelt geleitet wurde."

Über die Verhältnisse innerhalb der NS in Bergen liegt ein Bericht vor, der nachstehend auszugsweise wiedergegeben wird:

"Unter dem Druck der Verhältnisse hat sich Fylkesfører Astrup anscheinend nunmehr entschlossen, die schon längst notwendige Bereinigung der Partei von den am meisten genannten schlechten Elementen durchzuführen. Aus diesem Grunde wurde ein Parteirat nicht konstituiert, das zunächst drei Fälle mit dem Ziele des Parteiausschlusses behandeln soll.

Bei Fall 1) handelt es sich um den ehemaligen Varaordfører Bergen, S t ö r d a h l , einem alten NS-Mitglied, dem neben parteischädigendem Verhalten noch der Verkauf von 900.000 Liter Benzin unter Umgehung der Rationierungsbestimmungen vorgeworfen wird.

Im zweiten Falle handelt es sich um das Mitglied S k a a r , das schon die verschiedensten Ämter innerhalb der Fylkesführung bekleidete. S. werden mehrfache Durchstechereien, Schwarzhandel und ungesetzliche Manipulationen in geschäftlicher Hinsicht vorgeworfen. Gerade das Vorgehen dieses Mannes hat nicht nur ausserhalb, sondern auch innerhalb der NS schärfste Entrüstung hervorgerufen. Bemerkenswert ist die von S. gegenüber Fylkesfører Astrup ausgesprochene Drohung, dass, wenn er (S.) vor das Parteigericht gestellt würde, er noch 250 andere Mitglieder mitnehmen würde.

Im dritten Fall wird das NS-Mitglied Advokat K l e p p e , in seiner Eigenschaft als Verwalter des in Bergen beschlagnahmten jüdischen Vermögens beschuldigt, unehrlich gehandelt und sich private Vorteile verschafft zu haben.

Als treibende Kraft dieses Vorgehens gegen die in der Partei vorhandenen unlauteren Elemente ist der frühere Fylkessekretär H o v a r d s h o l m zu bezeichnen. H. kehrte nach zweijähriger Frontdienstzeit nach Bergen zurück und wurde von Fylkesfører Astrup vorläufig mit der Wahrung der Geschäfte des Fylkespersonalleiters beauftragt. H. ist altes NS-Mitglied und verfügt über ausgezeichnete Beziehungen zu den ältesten NS-Mitgliedern in Bergen. Seine Einsetzung dürfte ein Beschwichtigungsmanöver Astrups gegenüber den sich in der Opposition befindlichen alten NS-Mitgliedern sein. Bei Gelegenheit einer Unterredung mit H. erklärte dieser, dass er täglich etwa zwei Ausschlussanträge nach Oslo weiterleite. In der Hauptsache handle es sich hierbei um vorbestrafte NS-

Mitglieder, die nach 1940 eingetreten seien. Astrup habe sich erst nach langem Zureden von Seiten des Fylkespersonalleiters mit dem Vorgehen einverstanden erklärt. Astrup habe jedoch nach wie vor das allergrösste Interesse daran, mit "Zahlen zu operieren" ohne Rücksicht auf die politische oder persönliche Zuverlässigkeit der Mitglieder.

Auf Grund der verschiedenen Vorfälle innerhalb der Partei sah sich Fylkesfører Astrup dieser Tage veranlasst, eine ausserordentliche Vertrauensmännersitzung einzuberufen. Hierbei verwahrte sich Astrup u.a. dagegen, dass die unqualifiziertesten NS-Mitglieder zwecks Erreichung neuer Stellungen in Staat und Kommune geradezu Schlange stehen würden. Des weiteren sprach er sich auf das stärkste gegen die in Bergen innerhalb der Partei festzustellende Uneinigkeit aus, ohne dabei allerdings auf die zum Teil durch ihn selbst hervorgerufenen Ursachen einzugehen. Hierbei betonte A., dass Einigkeit notwendig sei, da innere und äussere Wolken aufziehen würden.

In den Kreisen der alten und besonnenen NS-Mitglieder macht sich eine ausgesprochene Mutlosigkeit breit. Man sieht keinen Ausweg mehr zu einer gesunden Entwicklung, glaubt jedoch, dass eine solche noch möglich wäre nach Herbeiführung eines Wechsels des Fylkesführers. In diesem Zusammenhang wird immer wieder der frühere Fylkesfører A n d e r s e n namhaft gemacht, der bekanntlich vor einigen Wochen nach seiner Rückkehr von der Norwegischen Legion als Fylkesfører in Stavanger eingesetzt wurde."

Das Thema der Freimaurerei hat durch einen kürzlich in "Aftenposten" erschienenen Artikel, der von Bischof Frøysland und dem Volksgerichtspräsidenten Andersen verfasst ist, eine erneute Aktualität erhalten. In dem Artikel wird hervorgehoben, dass der Eid, mit dem der Freimaurer an die Logen gebunden

war, durch deren Auflösung seine Geltung verloren habe und somit kein Hindernis für ehemalige Freimaurer bestehe, der NS beizutreten. Dieser Artikel hat in weiten Kreisen der Partei grösstes Aufsehen erregt. Das Organ der Germanischen SS veröffentlichte daraufhin am 3. Juli 1943 den ersten Teil der Rede von Professor Six über die Freimaurerei, die dieser am 25.9.1942 in Oslo hielt. In einem Leitartikel gibt das Blatt zu dieser Veröffentlichung einen Kommentar, der mit einem Zitat aus dem Artikel Quislings über die Freimaurerei vom 7.11.1942 schliesst:

"Es ist ohne Zweifel, dass die Freimaurerei eine Geistesrichtung und eine Weltordnung repräsentiert, die nicht mit der Neuordnung vereinbar ist, für die Nasjonal Samling kämpft."

Im Fylke Nordland (Bodö) wurde der bisherige Fylkesfører V a s e n d e n ersetzt durch Kapitän S p j e l d n e s . Spjeldnes ist Mitglied der Germanischen / Norwegen.

Germanische W und Waffen-W.

Das Problem der Germanischen W Norwegen hat sich in der Berichtszeit in steigendem Masse zu dem Schwerpunkt der fast alle Parteikreise Oslos und anderer grösserer Städte umfassenden Diskussion über das deutsch-norwegische Verhältnis entwickelt. Trotz der Bemühungen des Stabschefs des Hird, Thronsen, sowie des Stabschefs der Germanischen W, Dr.

Ohjören, zwischen den beiden Formationen ein tragbares Stimmungsverhältnis zu schaffen, nahm die Feindseligkeit gegen die Germanische W nicht selten ausserordentlich gehässige Formen an. In dieser Richtung machte sich vor allen Dingen das dem Generalsekretariat der Partei unterstehende Frontkämpferkontor in durchaus bedenklichem Umfange geltend. Die Wirkung der von einzelnen Angehörigen dieses Kontors betriebenen Stimmungsmache konnte sogar in der Provinz beobachtet werden. So heisst es z.B. in einem Bericht aus Stavanger:

"Die zurückgekehrten Frontkämpfer nehmen eine die gross-germanische Idee und die Germanische W ablehnende Haltung ein. Sie sollen in Oslo von allen möglichen Stellen und auch vom Frontkämpferkontor gegen die Germanische W beeinflusst worden sein, und aus ihrem Verhalten Deutschen gegenüber ist zu schliessen, dass sie auch in deutschfeindlichem Sinne bearbeitet worden sind."

In der gleichen Richtung liegt ein Bericht aus Drontheim folgenden Inhalts

"Am 20.5. wurden dem Norweger Eyolf Lyngstad aus Drontheim die Papiere zur Aufnahmeuntersuchung zwecks Eintritt in die Waffen-W. ausgestellt. Dabei gab L. an, dass er sich bereits vor 4 Wochen zur Waffen-W. gemel-

det und seine Meldung dem Frontkämpferkontor in Oslo eingereicht habe. Als er hierauf nichts hörte, habe er 14 Tage später beim Frontkämpferkontor fernmündlich rückgefragt. Dabei habe der Sprecher des Frontkämpferkontors ein derartig interesseloses und krummes Verhalten an den Tag gelegt, dass man hätte meinen können, am anderen Ende der Leitung sitze ein Jössinger, der zu sabotieren versuche. - Weiter gab L. an, dass sich mehrere Bekannte in Drontheim und Kristiansund teilweise schon im vorigen Herbst zur Legion gemeldet und ihre Meldungen dem Frontkämpferbüro eingeschickt hätten, ohne bis heute eine Mitteilung erhalten zu haben."

Als weiteres kennzeichnendes Beispiel führt ein Gewährsmann aus Oslo folgenden Fall an:

Ein beim Frontkämpferkontor tätiger ehemaliger Frontkämpfer, der aus seiner deutschfeindlichen Haltung keinen Hehl macht, äusserte in Gegenwart seiner Kameraden: "Ich hätte grosse Lust, alle Deutschen, die mir begegnen, zu schlagen." Gegen die Germanische \mathbb{H} hetzte der Betreffende mit der Behauptung, "die Germanische \mathbb{H} stehe unter deutscher Leitung und stelle die Truppe des deutschen Imperialismus dar." Der Betreffende fordert die Besucher zum Eintritt in den Hird auf mit dem Hinweis, dass dies eine norwegische Organisation sei.

Die Wirkung einer solchen Propaganda muss zwangsläufig zur Ablehnung der Germanischen \mathbb{H} führen, für die sich zahlreiche Frontkämpfer bis zu ihrer Berührung mit dem Frontkämpferkontor interessierten. Ein vor wenigen Tagen von der Ostfront zurückgekehrter Legionär berichtet, dass ihn der Hirdsveitförer Cornelius in Bergen offiziell darauf hingewiesen habe, dass der Eintritt von entlassener Legionären in die

„Werbungen durch NSDAP“ - 57 - 12/6.47

86

- 17 -

Germanische 4 nicht erwünscht sei. Zunächst müsse alles durch den Hird laufen; ob später ein Beitritt zur Germanischen 4 erfolgen könne, bleibe abzuwarten. Wörtlich fügte C. hinzu: "Wir Norweger gehen nicht in die Germanische 4". Die Folgen einer derartigen Einflussnahme zeigt die Äusserung eines Legionärs in Bergen, der die Mitglieder der Germanischen 4 als Landesverräter bezeichnete.

Diese vor allen Dingen in Frontkämpferkreisen gemachten Beobachtungen entsprechen durchaus den allgemeinen Wahrnehmungen innerhalb der NS.

Trotz dieser oben aufgezeigten Stimmung wies die Germanische 4 auch in den Monaten Mai und Juni beachtliche Zugänge auf, und zwar

im Mai 104, davon 46 Frontkämpfer sowie 134 fördernde Mitglieder,

im Juni 149, fördernde Mitglieder 178.

Die Zeitung "Germaneren" verfügte Ende Juni bereits über 6600 Abonnenten.

Die norwegische Schiläuferkompanie kehrte am 12. Juli 1943 von ihrem Einsatz an der finnischen Front zurück und rückte am gleichen Tage unter ihrem jetzigen Kompanieführer, SS-Obersturmführer Holmen in Oslo ein. Aus stimmungsmässigen Rücksichten war die Kompanie, die bis dahin deutsche Polizeiformen getragen hatte, in die Uniform der Waffen-SS umgekleidet worden. An einen Vorbeimarsch vor dem Fører am Schloß schloss sich ein Kameradschaftsabend im Handverkeren an, wobei die Kompanie sowohl bei den norwegischen als auch deutschen Teilnehmern einen geradezu vorbildlichen Eindruck hinterließ. Der gute Geist der Kompanie wird von norwegischer Seite auf den "typisch norwegischen Fronteinsatz" (Schi-Patrouillen, Waldkämpfe, usw) zurückgeführt. Es ~~ist~~^{ist} geplant, durch eine aktive Werbung die Kompanie vor dem neuen Einsatz auf Bataillonsstärke zu bringen.

In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, dass durch Briefe von norwegischen Freiwilligen des Panzer-Grenadier-Regiments Norwegen in Oslo bekannt geworden ist, dass die geschlossenen norwegischen Einheiten innerhalb des Panzer-Grenadier-Regiments aufgelöst und auf die übrigen Kompanien verteilt worden seien. Wie die Briefe erkennen lassen, hat diese Massnahme die Stimmung unter den Freiwilligen negativ beeinflusst. Entsprechende stimmungsmässige Beobachtungen konnten unter den Parteimitgliedern, soweit sie von der vorstehend erwähnten Massnahme gerüchtweise unterrichtet sind, beobachtet werden. Minister Lie bezeichnete darüber hinaus die Massnahme als "einen neuen deutschen Wortbruch". Unter diesen Umständen sei er nicht mehr bereit, für das Panzer-Grenadier-Regiment innerhalb der Polizei zu werben. Er werde auch eine an ihn ergangene Einladung, das Germanische Korps zu besuchen, nicht mehr annehmen. Minister Lie liess ferner offen, ob er sich unter diesen Umständen für einen erneuten Fronteinsatz beim Panzer-Grenadier-Regiment zur Verfügung stellen werde.

B - G e g n e r .a) Allgemeine Widerstandsbewegung.

In Auswirkung der von England ausgehenden Propaganda ist die Zuversicht der Gegner auf einen bald zu erwartenden Sieg beträchtlich gestiegen und aus dieser Auffassung heraus hält man z.-Zt. demonstrative Äusserungen des Widerstandes für un-zweckmässig. Dagegen ist man umso mehr bemüht, in der organisatorischen Arbeit und in der Ausbildung der Mitglieder vorwärts zu kommen, um für den Fall der sehnsüchtig erwarteten Invasion vorbereitet zu sein. In Nachahmung einer typisch englischen Mentalität geht man so weit, dass man sich Gedanken darüber macht, was man alles nach dem Sieg zu tun gedenkt, z.B., wie dann die Angehörigen der NS behandelt werden sollen usw. Auf diese Art und Weise wird nicht nur allgemein die politische Meinung eines Teiles der Bevölkerung beeinflusst, sondern auch die Werbung für die aktive Beteiligung an den Militärorganisationen betrieben. Dabei hat sich bei den Ermittlungen in der letzten Zeit deutlich gezeigt, dass immer mehr Bevölkerungskreise in diese aktive Arbeit einbezogen werden. Nach der Heranziehung der Jugendlichen für die illegale Arbeit werden nunmehr auch Frauen in grösserem Umfang für die illegale Betätigung gewonnen. Es ist z.B. festgestellt worden, dass Frauen in Sanitätskursen der illegalen Organisationen zur Unterstützung der kämpfenden Norweger für den Fall einer Invasion ausgebildet und dabei einer militärischen Disziplin unterworfen wurden, als deren oberste Leitung man die militärische Führung der Norweger in England ansieht. Die militärische und politische Führung in England wird in Norwegen augenblicklich offensichtlich von einem bestimmten Personenkreis vertreten, der von diesen Zentralstellen in England ausgesucht und mit der Aufgabe betraut worden ist, die Widerstandsbewegung in Norwegen einheitlich zu steuern. In dem allgemeinen Aufbau der Widerstandsorganisationen im Lande treten immer wieder die

ehemaligen Offiziere der norwegischen Armee hervor, die trotz des von vielen von ihnen abgegebenen Ehrenwortes ihre loyale Haltung aufgegeben und wichtige Schlüsselstellungen in den Militärorganisationen eingenommen haben. Fast überall, wo in letzter Zeit Distrikte oder einzelne Gruppen der Militärorganisationen ausgehoben worden sind, wurden ehemalige Offiziere als leitende Männer festgestellt. In diesem Zusammenhang ist das Anwachsen der Fluchtfälle von ehemaligen norwegischen Offizieren auffällig. Aus verschiedenen Teilen des Landes wurden in der letzten Zeit ungefähr 50 Fälle gemeldet; es wurde auch ein illegales Rundschreiben an ehemalige Offiziere festgestellt, das von Hand zu Hand weitergegeben wurde und eine Aufforderung enthält Einzelgruppen zu bilden und die Flucht nach Schweden vorzubereiten. Besonders bemerkenswert war das am 29.5. gemeldete gleichzeitige Verschwinden dreier ehemaliger Offiziere, die in wichtigen Industriewerken in Südnorwegen Vertrauensposten eingenommen hatten. Es handelt sich um die Werkschutzleiter der Norsk Hydro A/S in Notodden und der Eidanger Salpeterfabrik in Herøen, zwei Majore a.D., und um einen Sekretär des noch im Bau befindlichen Grosskraftwerkes Maare bei Rjukan, einem Leutnant a.D. Diesen Fluchtfällen ist deshalb besondere Beachtung zu schenken, weil auch vor dem letzten Anschlag in dem Elektrolysewerk Vemork bei Rjukan ein Angehöriger des Werkes nach England geflohen war und gerade bei den Werken, welche die drei genannten Flüchtlinge gut kennen, jetzt die Gefahr eines Sabotageaktes bzw. eines Luftangriffes besonders akut ist.

Beachtung verdienen die Feststellungen aus Ermittlungen der letzten Zeit, wonach nunmehr auch in Nordnorwegen die Militärorganisationen aufgebaut werden sollen. Es ist bekannt geworden, dass hierzu von London aus ganz bestimmte Anweisungen gegeben wurden. In diesem Zusammenhang verdient der Fund zweier Rundfunksendegeräte und eines Kurzwellenempfängers englischer Herkunft, dreier fabrikneuer Photo-

apparate und Photozubehörteile in Nordnorwegen, und das Auf-
finden von 15 Magnetsprengkörpern und eines Dolchgriffes auf
der Insel Andøy in Nordnorwegen besondere Aufmerksamkeit.

Festnahmen gegen Angehörige der Militärorganisation wurden
im Kommandebereich Bergen durchgeführt, nachdem dort Ende
April zwei von England gekommene Agenten gestellt worden
waren (s. Meldungen aus Norwegen Nr. 55 S. 15), und durch
Vernehmung des einen der Agenten der Aufbau der Militär-
organisation im Bezirk Bergen bis in Einzelheiten erkannt
wurde. In Bergen war der Sitz des 20. Distrikts der Mili-
tärorganisation. Leiter dieses Distrikts waren ein Lehrer,
ein Rechtsanwalt und ein früherer norwegischer Kapitän. Wie
die Ermittlungen ergaben, bestanden innerhalb des Distrik-
tes bereits gut ausgebaute Militär- und Nachrichtengruppen.
In den Orten Norheimsund, Strandebarn und Odda hatten die
Kampfgruppen nach den Angaben eines der festgenommenen
Agenten bereits eine Stärke von jeweils 50 - 70 Mann. Die
Zerschlagung der Gruppen erfolgte in dem Augenblick, als
sie mit Waffen und Munition versorgt werden sollten. Neben
den bereits Ende April beschlagnahmten Waffen (vergl. Mel-
dungen aus Norwegen Nr. 55 S. 16) wurde im Laufe der wei-
teren Ermittlungen an der Westküste der Insel Bömmlo bei
Meling eine Holzkiste mit der Firmenbezeichnung einer be-
kannten norwegischen Fischverarbeitungsfabrik aufgefunden,
die mit je 50 Schuss norwegischer scharfer Munition gefüll-
te Konservendosen enthielt. Die Dosen waren mit Etiketts
beklebt, nach denen man schliessen musste, dass sie Fische
enthielten. Um die Täuschung vollkommen zu machen, war in
ihnen ein 1 cm tiefer Hohlraum am Dosenende belassen worden,
der mit Wasser und Sägespäne gefüllt war, um beim Schütteln
ein ähnliches Geräusch entstehen zu lassen, wie bei einer
mit Fischkonserven gefüllten Dose. Dem Bergener Distrikt
standen, soweit bisher bekannt wurde, drei Sendergeräte zur
Verfügung, von denen nach Auffindung eines Gerätes in einer
Hütte bei Strandebarn (vergl. Meldungen aus Norwegen Nr. 55

S. 16) Mitte Mai ein weiteres Gerät auf der Insel Samnings sichergestellt werden konnte. Ein drittes Gerät soll nach den Angaben Festgenommener ins Meer versenkt worden sein. Auch die Aufdeckung dieses Distriktes der Militärorganisation hat gezeigt, dass die Verbindungen zur Zentralstelle in Oslo in letzter Zeit besser geworden waren. Als Nachrichtenweg nach Oslo diente in der Hauptrache ein an der Westküste verkehrender Küstendampfer. Als Nachrichtenübermittler betätigten sich der Kapitän und der Steuermann dieses Schiffes. Beide wurden festgenommen.

Im Raume Südnorwegen wurde das Schwergewicht der Arbeit auf die Zerschlagung der Verbindungen gelegt, die der Durchgabe militärischer Nachrichten von den Küstenplätzen in Südwestnorwegen nach Oslo und von da nach dem feindlichen Ausland dienten. In den letzten drei Monaten wurden in einer Reihe von Küstenstädten Telemarks und auch in Oslo mehrere wichtige Angehörige der Organisationen, die diese Verbindungen aufrecht erhielten, festgenommen. Es handelt sich im wesentlichen um Intellektuelle. Hierbei zeigte sich wieder, dass die Widerstandsarbeit in breiten Kreisen der Bevölkerung in jeder Beziehung Unterstützung findet. In Oslo wurden z.B. in diesem Zusammenhang ein Lebensmittelhändler, der rationierte Waren an die Militärorganisation lieferte, und ein Photograph, der Nachrichtenmaterial für die Organisationen photokopierte, festgenommen. Ebenso wurden in einer Reihe von Küstenorten der Südwestküste junge Norweger festgenommen, die sich verpflichtet hatten, im Falle einer Invasion deutsche und norwegische Fernsprechleitungen zu zerstören und Material bereitzuhalten, die Leitungen nach Gelingen der Invasion für die Gegner wieder instandzusetzen.

Besondere Beachtung verdienen die Versuche der Gegner, Verbindung zur norwegischen Staatspolizei zu bekommen. Bei den Festnahmen der Nachrichtenträger der Militärorganisation in Südwestnorwegen und Oslo wurde auch ein Mitarbeiter der Organisation gestellt, der Verbindung zur norwegischen

Staatspolizei unterhielt. Kurze Zeit darauf wurde an der norwegisch-schwedischen Grenze zusammen mit 5 anderen Personen, die ausser Landes flüchten wollten, ein Angehöriger der norwegischen Staatspolizei selbst erfasst, bei dessen Vernehmung sich dann herausstellte, dass er seit einiger Zeit zusammen mit zwei anderen der norwegischen Staatspolizei mit einem Mitglied der Militärorganisation in Verbindung stand, der sich bei der Organisierung von Terrorgruppen in ganz besonders aktiver Weise betätigt hatte. Es handelt sich um einen ehemaligen Polizeibevollmächtigten aus Oslo, der die Staatspolizisten von früher her kannte und auf der Grundlage der alten Berufskameradschaft die betreffenden Staatspolizisten zur Mitarbeit für die Widerstandsorganisationen zu gewinnen versuchte.

Immer wieder bestätigt sich, dass die aktiven Mitglieder der Militärorganisation bereit sind, mit ihrem Leben für ihre Sache einzustehen. Innerhalb der Berichtszeit mussten wiederum drei Norweger niedergeschossen werden, da sie bei der Festnahme Widerstand leisteten.

Am 6.6.1943 wurde in Raufoss der Leutnant eines Landeschützen-Bataillons mit einer Schlagverletzung am Kopf und einer 6 cm tiefen Stichwunde im Rücken in einem Bache liegend tot aufgefunden. Er wurde vermutlich zunächst mit einem harten Gegenstand auf den Kopf geschlagen, danach mit einem Dolch in den Rücken gestochen. Der Tod ist durch Ertrinken eingetreten. Es ist zu vermuten, dass die Tat von Norwegern ausgeführt wurde, die in die Munitionsfabrik Raufoss eindringen wollten und dabei von dem Leutnant überrascht wurden. Da es sich um den ersten Mord an einem deutschen Offizier seit der Besetzung Norwegens handelt, sind auf Anordnung des Reichskommis als in Raufoss 2 Geiseln, ein Arzt und der frühere Leiter des Versorgungsamtes Raufoss, als Geiseln festgenommen worden.

Die Geiseln wurden am 28.6.1943 auf Anordnung des Reichskommissars aus der Haft entlassen. In Pressemitteilungen wurde zum Ausdruck gebracht, dass die Haftentlassung in Anerkennung der Tatsache, dass die Bevölkerung von Raufoss und Umgebung die deutsche und norwegische Polizei bei der Aufklärung des Mordes durch wertvolle Hinweise unterstützt hat und im übrigen einhellig von der gemeinen Tat abgerückt ist, erfolgt ist.

Unter den illegalen Flugschriften tauchte in der letzten Zeit eine Hetzschrift englandfreundlicher Tendenz "Fotonytt" auf, die durch ihr besonders kleines Format auffiel. Sie wurde im Photokopieverfahren hergestellt und konnte wegen ihres kleinen Formates besonders unauffällig verbreitet werden. 15 Personen wurden als Hersteller und Verbreiter dieser Hetzschrift in Oslo festgenommen.

b) Marxismus.

In der Berichtszeit ergaben sich wieder Unterlagen für eine rege Betätigung marxistischer Arbeiterkreise im Bereich von Oslo unter Führung von Kommunisten, insbesondere eines ehemaligen Bezirksleiters und Angehörigen des ZK oder KPN. Zunächst wurde eine Druckerei ausgehoben, in der illegale Zeitungen mit verhältnismässig hoher Auflageziffer gedruckt wurden. Es handelt sich um die Flugschriften kommunistischer Tendenz "Den norske kvinne", "norsk Ungdom", mit einer Auflage von zuletzt 12000 Stück, sowie "Bonden". Die Schriften wenden sich an die Frauen, die Jugend und die Bauern. Die Druckerei befand sich in einem gegen Geräusch gut abgedichteten und durch eine Alarmklingel gesicherten Keller eines Einfamilienhauses in dem zwischen Lilleström und Oslo gelegenen kleinen Ort Lörenskog. Sie war erst in den letzten Tagen durch die Anlage eines neuen Motors vervollkommen worden. Bei der Aushebung befand sich die neueste Auflage von "Den norske kvinne" in der Druckmaschine. Ausserdem wurden Entwürfe einer neuen illegalen Zeitschrift, fertig-

gedruckte Anweisungen für Lagförer von Militärorganisationen und der Text einer Stalinrede beschlagnahmt. Auch Druckstücke der bekannten illegalen Zeitschrift "Alt for Norge" wurden vorgefunden. Es wurde festgestellt, dass die in der Druckerei vorhandenen Lettern die gleichen sind, mit denen in der letzten Zeit die illegale Zeitung "Friheten" gedruckt worden war. Bisher wurden in dieser Sache 36 Personen festgenommen. Bei einer Festnahme musste, da Widerstand geleistet wurde, von der Schusswaffe Gebrauch gemacht werden. Dabei wurde ein Norweger durch Bauchschuss schwer verletzt. Die Haupttäterin dieser Sache sind Kommunisten.

Die immer engere Zusammenarbeit zwischen Mil.Org. und kommunistischer Partei (vergl. Meldung aus Norwegen Nr. 55, Seite 14) wurde inzwischen durch einen aufgefundenen Befehl der Mil.Org. vom 15.2.1943 bestätigt, in dem die Distrikte der Organisation angewiesen wurden, eine enge Verbindung zwischen Mil.Org. und KP herzustellen, namentlich im Hinblick auf die Möglichkeit eines kampflosen Rückzugs der deutschen Besatzungstruppen aus Norwegen.

Am 19.6.1943 nach Mitternacht waren 20 maskierte und bewaffnete Norweger mit 2 gestohlenen Lastkraftwagen vor einem Osloer Lagerhaus vorgefahren, sperrten die 7 Nachtwächter ein und raubten 20 Sack Kaffee und 30 Sack Zucker. Die ganze Aufmachung des Unternehmens liess darauf schliessen, dass die kommunistische Terrorgruppe an dem Vorfall beteiligt sein musste. Der Zugriff bestätigte nicht nur diese Vermutung, sondern erbrachte einwandfreie Unterlagen, dass die Kommunisten in Oslo und der weiteren Umgebung unter Führung des erwähnten ZK-Mitgliedes zum zweiten Male eine Mil.Org. mit 944 Mitgliedern aufgebaut hatten und ihre Angehörigen in kleineren Gruppen in Wäldern ~~ausserhalb~~ innerhalb der Stadt systematisch im Waffengebrauch schulten. Diese kommunistische Mil.Org. war in Bezirke (2), Gruppen (4) und Kompanien (8) gegliedert und verfügte über eine starke Terrorgruppe, die allein 200 Leute im Gebrauch von Dolchen, automatischen

Waffen, sowie in der Anwendung von Sprengstoff geschult hatte. Wie aus den Vernehmungen der bisher festgenommenen 43 Angehörigen der Organisation, unter denen sich bezeichnenderweise einige Nichtkommunisten zu umfassenden Aussagen bewegen liessen, nachdem ihnen die kommunistische Führung nachgewiesen worden war, hervorgeht, war diese kommunistische Mil.Org. bereits im Januar 1943 aufgebaut, jedoch durch eine Festnahmeaktion im wesentlichen zerschlagen worden. Unter den bisher Festgenommenen befinden sich 3 Gruppenleiter, 4 Kompanieführer sowie einige Unterführer. Ebenso befindet sich der norwegische Kriminalbeamte unter den Festgenommenen, der mit den Ermittlungen zu dem Kaffee-raub betraut war und selbst der Organisation angehörte. Neben einem grossen Teil des geraubten Kaffees bzw. Zuckers konnten mehrere 100 kg Sprengstoff, einige tausend Sprengkapseln, 60 fertige Sprengkörper, 2 SMG mit Munition, 3 Maschinenpistolen englischer und amerikanischer Herkunft, sowie 3 Gewehre und Pistolen mit Munition sicher-gestellt werden.

c) K i r c h e .

Nach der Festnahme der beiden führenden Männer der "Vorläufigen Kirchenleitung", Hallesby und Hope, kann die Führung der kirchlichen Opposition als zerschlagen angesehen werden, da die übrigen leitenden Mitglieder schon früher ausgeschaltet wurden.

Es hat den Anschein, daß zunächst keine neue Leitung die alte ersetzen wird. Norwegische Pfarrer äußerten hierzu, keiner habe jetzt mehr Lust oder Mut, "seine Haut zu Markte zu tragen" und die Gefahren auf sich zu nehmen, die mit der Führung der illegalen Kirchenleitung verbunden seien. Außerdem habe ja die "Vorläufige Kirchenleitung" ihren Zweck in der Zeit ihres Bestehens erfüllt, denn ihre Aufgabe, das innerkirchliche Leben und die Betreuung der Gemeinden zu sichern, sei ja im Wesentlichen erreicht. Die Verhältnisse hätten sich inzwischen schon so weit eingelaufen, daß gar keine neue administrative Leitung mehr notwendig sei, wenn nicht erhebliche neue Eingriffe in das kirchliche Leben erfolgten. Der Wegfall von H a l l e s b y und H o p e und damit der "Vorläufigen Kirchenleitung" überhaupt bedeute jedoch keineswegs eine Lockerung der Einheit des Widerstandes, sondern vielmehr eine Festigung des Zusammenhalts und eine stärkere Geschlossenheit der Opposition. Heute wisse jeder einzelne Pfarrer, wie er sich zu verhalten habe, und alle reagierten einheitlich; die laufenden Erfordernisse in den Gemeinden würden lokal geordnet werden

Das Kirchendepartement schickte an die Pfarrerschaft und die Gemeinderäte des Landes ein Rundschreiben, in dem die Pfarrer aufgefordert wurden, sich von jeglicher Politik in den Gottesdiensten fernzuhalten. Das Kirchendepartement habe sich im Laufe der letzten Zeit wiederholt genötigt gesehen, wegen Mißbrauchs der Kirchen und der Gottesdienste für politische Propaganda einzugreifen. Dadurch, daß fortwährend Politik in die Kirche gebracht worden sei, seien viele Norweger aus der Kirche ausgetreten oder zu den Sekten übergeschwenkt. Einzelne NS- und loyal eingestellte Pfarrer hätten auch - "wahrscheinlich

aus Eifer für die politische Neuordnung" - in ihren Predigten die politische Spaltung des Volkes behandelt und dadurch unter den Parteiangehörigen Unfrieden geschaffen. Es sei zwar bemerkenswert, daß sich einige Pfarrer aktiv an der Partearbeit beteiligten, doch könnten alle Geistlichen dem Volk, der Partei und dem Staat dadurch am wirksamsten dienen, daß sie ihre gesamte Zeit und Kraft allein der kirchlichen Arbeit widmeten. "Allen Parteien ist dadurch am besten gedient, daß die Männer der Kirche in dieser politisch aufreibenden Zeit nicht als politische Redner oder anderweitig an der direkten politischen Partearbeit aktiv teilnehmen." Allgemeiner Wunsch der Kirchenbesucher sei es, daß die Gottesdienste frei von jeglicher Politik gehalten würden. "Partei, Staat und Kirche haben je ihre Aufgaben. Sie haben aber einander nötig und sie sind in dem Wunsche vereint, dem norwegischen Volke zu dienen."

d) Freimaurerei.

Der Bischof von Oslo, Lars Frøyland, (Freimaurer VII. Grades) und der Justitiarius des Höchstgerichts, Andreas Mohr (Freimaurer VIII. Grades), veröffentlichten am 26. Juni 1943 in "Aftenposten" eine Stellungnahme, in der sie den Standpunkt vertreten, daß ein ehemaliger Freimaurer nach der Auflösung des Ordens sich nicht mehr an sein Freimaurergelübde gebunden zu fühlen brauche. Sie weisen in diesem Zusammenhang darauf hin, daß auch Luther seinerzeit ein Gelübde abgelegt habe, was er später, als er es als unmoralisch erkannt habe, gebrochen habe. In ihrem Aufruf weisen die beiden darauf hin, daß nach der bekannten Stellungnahme des Ministerpräsidenten Quisling sich unter den "ehemaligen Freimaurern eine Reihe wertvoller Menschen befinden, deren sich die Neuordnung bedienen muß und die trotz ihrer früheren Zugehörigkeit zur Freimaurerei ebenso gute Norweger sind wie jeder andere".

1 - Lebensgebiete.b) Kulturelles Leben.Hochschule und Wissenschaft.

In der Verbindung mit der Protestaktion der Studenten aus Anlass des Versuches des Norsk Studentersambands, die Studierenden der Universität Oslo zur Mitgliedschaft in diese studentische Gliederung zu bringen, kam es seinerzeit zur Festnahme einiger hauptbeteiligter politischer Hetzer durch die norwegische Staatspolizei. Es handelte sich dabei um eine Gruppe, deren agitatorische Wirksamkeit bereits vor einiger Zeit erkannt worden war. Durch Spruch des Volksgerichtshofes in Oslo ist nunmehr gegen 4 dieser Studenten auf 6 Monate Sicherungsverwahrung und gegen eine Studentin auf die gleiche Dauer die Verweisung aus Oslo verhängt worden.

Schule.

Die gegnerische Lehrerschaft hat in jüngerer Zeit das Schwergewicht ihrer Tätigkeit auf die Verächtlichmachung der drei massgeblichen Lehrerschulen gelegt, die inzwischen unter eine (in sachlicher und personeller Hinsicht sich durchaus bewährende) NS-Führung gestellt worden sind. Dabei wendet man sich im besonderen gegen den neu eingrichteten Ausbildungsgang, der bei Lehramtsbeflissenen mit Reifezeugnis einer höheren Lehranstalt bereits nach Ablauf eines Jahres die Ablegung der Volksschullehrerprüfung ermöglicht. Entscheidend für die Kampfansage der Gegenseite ist die Befürchtung, dass die bisher ausserordentlich feste Front der Lehreropposition durch die verhältnismässig rasche Ausbildung eines grösseren Nachwuchsbestandes eine starke Erschütterung erfahren könnte. Aus diesem Grunde wird jedes illegale Mittel in Anspruch genommen, um die für den Lehrernachwuchs in Betracht kommenden Kreise eindringlichst

davor zu warnen, von dem neuen Ausbildungsgang Gebrauch zu machen. Um diesen Bestrebungen entsprechenden Nachdruck zu verleihen, wird immer wieder versichert, dass die Absolvierung der fraglichen Ausbildung nach Abschluss des Krieges ohne jeden Wert sei und daher niemand Zeit und Geld auf sie verwenden solle.

Das Ergebnis dieser Agitation ist im Augenblick noch nicht abzusehen. Es dürfte jedoch nicht unwesentlich vom massvollen Auftreten der NS-Rektoren der betreffenden Lehrerschulen abhängig sein.

Das Innendepartement hat der Lehrerschaft erneut Gelegenheit gegeben, ihre wahre Einstellung offen zu erklären. Auf Veranlassung dieses Departements wurden im April ds. Js. Fragebogen an die Lehrer der höheren Schulen zur Verteilung gebracht. Es wird darin u. a. um Auskunft ersucht über die Zugehörigkeit zur Freimaurerei oder anderen geheimen Organisationen, sowie über evtl. jüdische Abstammung oder Versippung. Mit Ausnahme der NS-Mitglieder haben durchwegs sämtliche aufgeforderten Lehrer die Beantwortung dieses Fragebogens verweigert. Verschiedene äussere Umstände dieser einheitlichen Ablehnung lassen darauf schliessen, dass auch in diesem Falle entsprechende Weisungen von einer illegalen Leitung ergangen sind.

Das Innendepartement, das seitens der örtlichen Schulbehörden um Stellungnahme zu der Weigerung der Lehrerschaft, den betreffenden Fragebogen auszufüllen, angegangen worden ist, hat entschieden, dass irgend ein Zwang in dieser Angelegenheit nicht ausgeübt, sondern das Ganze bis auf einen späteren Zeitpunkt zurückgestellt werden solle. Ein solches Verfahren, nämlich Forderungen zu stellen, auf denen später nicht bestanden werden kann, muss zwangsläufig die Autorität des Staates untergraben.

Für den Arbeitsgang des Unterrichtsdepartements ist folgende Einzelheit, die aus Bergen berichtet wird, kennzeichnend:

Anfang Februar ds. Js. wurden Lektor Steen (Kathedralschule) und seine Frau, die ebenfalls Lehrerin an einer Bergener Schule war, flüchtig. Anhaltspunkte sprechen dafür, dass das Ehepaar nach England gelangt ist. Eine auf Grund des vorliegenden Sachverhaltes seitens des Schulvorstandes in Bergen an das Departement ergangene Benachrichtigung, dass die nach wie vor auf das Konto des Ehepaares Steen vorgenommenen Gehalts-Überweisungen einzustellen seien, ist nicht nur ohne Erfolg geblieben, sondern hat zu dem Bescheid des Departements geführt, dass die Entlassung der Betreffenden aus dem Amt noch nicht vorgenommen werden könne, da die Ermittlungsarbeit der (norwegischen) Polizei noch nicht zum Abschluss gekommen sei.

In Verbindung mit einer Propagandareise durch Rogaland hat Minister Riisnaes in verschiedenen Städten dieses Gebietes u. a. Vorträge vor den Oberstufen der höheren Schulen und dem Lehrpersonal gehalten. Bei diesen Gelegenheiten ist es zu einer Reihe von Zwischenfällen gekommen. Vor allem in Haugesund und Stavanger wurde seitens der zuständigen Schulrektoren der Einwand erhoben, dass Minister Riisnaes keine Befugnis besitze, Lehrer oder Schüler zu einer derartigen Versammlung zu bestellen. So lange seitens des Unterrichtsdepartements keine entsprechende Weisung vorliege, müsse man der Auffassung sein, dass der Besuch einer derartigen Versammlung wesentlich im Belieben des Einzelnen stünde. Da die fraglichen Rektoren ihre diesbezügliche Anschauung unter den Lehrern und Schülern bekannt werden liessen, fand sich zu den angesetzten Versammlungen nur ein Bruchteil der Angehörigen der betreffenden Schulen ein. Wie die Schüler, so versuchte auch ein Teil des Lehrpersonals, am Besuch jener Versammlung vorbeizukommen. In Haugesund wurden ein Lehrer, der auf seiner

Weigerung, an der Versammlung teilzunehmen, beharrte, sowie ein anderer, der sich stillschweigend zu drücken versuchte, auf Veranlassung von Minister Riisnaes durch die norwegische Staatspolizei in Haft genommen und in der Zwischenzeit mit 6 bzw. 4 Monaten Sicherungsverwahrung bestraft.

In Stavanger fand sich der Rektor Wilhelm W i n s n e s vom Kongsgaard-Gymnasium, das wegen seiner negativen Haltung hinreichend berüchtigt ist, erst bereit, Lehrer und Schüler von der beabsichtigten Veranstaltung in Kenntnis zu setzen, als ihm durch den Fylkesfører versichert wurde, dass auch seitens des Unterrichtsdepartements eine entsprechende Weisung vorliege. Tatsächlich ging ein diesbezügliches Telegramm erst nach Ende des betreffenden Vortrages ein und war in der Form gehalten, dass die Schule sich der Veranstaltung von Minister Riisnaes gegenüber entgegenkommend erweisen möge. Rektor Winsnes traf daraufhin die folgende überaus kennzeichnende Feststellung:

"Ich muss schon sagen, dass ich über den eigentlichen Wortlaut des Telegramms sehr erstaunt bin. Ich kann so etwas nicht als einen Befehl auffassen. Ich habe noch nie einen Befehl erhalten, der wie hier in die Form eines Wunsches gekleidet ist. Was meine Benachrichtigung durch den Fylkesfører in der fraglichen Angelegenheit angeht, wonach ein Befehl des Ministers Skancke vorliege, so muss ich nunmehr annehmen, dass Minister Riisnaes den Minister Skancke missverstanden hat und es daher zu einer irrigen Auslegung der Worte des Ministers Skancke gekommen ist."

Auch sonst hat der betreffende Schulrektor in jeder Weise seine politische Gegnerschaft unter Beweis gestellt

Der Expeditionschef für Wissenschaft, Hochschule und allgemeines Schulwesen im Unterrichtsdepartement, N o r v i k , hat sich Ende des vergangenen Monats veranlasst gesehen,

sein Amt zur Verfügung zu stellen. Damit ist die Neubesetzung dieser besonders wichtigen Führungsstelle auf dem Gebiete der Schule und Erziehung im Laufe von 3 Jahren zum dritten Male nötig.

Die Frage seines Bleibens war von Norviks Seite bereits vor einiger Zeit einmal sehr ernstlich aufgeworfen worden, als der damalige Chef des Ministerbüros, Nico Solberg, fortlaufend in untragbarer Weise in den Arbeitsbereich des Expeditionschefs eingriff. Als Begründung für dieses Verfahren liess seinerzeit Minister Skancke durchblicken, dass Solberg besser als Norvik geeignet sei in Angelegenheiten mit gewisser politischer Bedeutung, Entscheidungen zu treffen. Ausserdem soll in dieser Richtung auch ein entsprechender Wunsch der Partei bestanden haben.

Norviks fachliche Tüchtigkeit sowie seine anständige menschliche und politische Haltung gewannen eine Zeitlang trotzdem mehr und mehr die Anerkennung des Ministers, nachdem weite Schulkreise sich sehr stark für ihn ausgesprochen hatten. Allerdings war dieser Zustand nur von vorübergehender Dauer, da seitens der Partei immer wieder gegen die Arbeit Norviks Stellung genommen wurde, weil sie angeblich zu häufig bei Kompromissen stehenbliebe. Dabei wurde Norvik in vielen Fällen für Massnahmen verantwortlich gemacht, die im letzten Grunde auf den Minister selbst zurückgingen. Desweiteren ist in diesem Zusammenhang hervorzuheben, dass die Mehrzahl der Forderungen, mit denen Gliederungen der NS draussen im Lande - und zwar zumeist hinsichtlich personeller Veränderungen an örtlichen Schulen - an das Departement herangetreten sind, aus dem einfachen Tatbestand heraus unerfüllbar waren, als in einem solchen Umfange politisch brauchbare Lehrkräfte als Ersatz überhaupt nie zur Verfügung gestanden haben oder etwa z.Zt. stehen.

Die mehr oder minder aus diesem Zusammenhang heraus gegen Norvik aufgekommene Meinung verschiedener NS-Stellen ist

später durch die "norrönen" Kreise der Partei mit grösster Aktivität aufgegriffen und unterstützt worden, besonders seitdem Norvik sich zu einer wirklichen Zusammenarbeit mit den deutschen Stellen bekannt hatte. Die Kritik an seiner Person erreichte ihren Höhepunkt, als Norvik, dem bereits seine Teilnahme an einem Studienkursus des Auslandswissenschaftlichen Instituts in Berlin (Professor Six) im Jahre 1942 stark verübelt worden war, durch die Annahme einer Einladung zur "Germanischen Tagung" in Hannover (Ende April 1943) auch nach aussen hin sein oft zum Ausdruck gebrachtes Bekenntnis zur "germanischen Ideologie" unterstrich.

Obwohl Minister Skancke einerseits der Arbeit seines Expeditionschefs eine gewisse Anerkennung nicht versagen konnte, fühlte er sich jedoch offenkundig zu schwach, um ihn gegen das Drängen der fraglichen Parteikreise immer wieder in Schutz zu nehmen. Norvik wurde von dem Chef des Ministerbüros, Volksschullehrer Petersen, sowie von einer Reihe von Fachbearbeitern des Departements - und zwar augenscheinlich mit besonderer Duldung des Ministers - auch bei wichtigsten Entscheidungen mehr und mehr übergegangen. Da er sich schliesslich u.a. nicht länger in der Lage sah, die Verantwortung für die auf diese Weise zustandekommenden Massnahmen zu tragen und ihm überdies die Duldung eines derartigen Verfahrens nicht mit seinem Ehrgefühl vereinbar erschien, reichte er, wie eingangs erwähnt, sein Abschiedsgesuch ein.

Zu Norviks Nachfolger ist Dr. Alma Naess, der bisher mit den Aufgaben eines Chefs der norwegischen Lehrerbildung befasst war, durch Minister Skancke ausersehen worden. Naess, der hier bekannt ist und dessen Format für eine solche Führungsaufgabe kaum in einen Vergleich mit Norvik gestellt werden kann, wird seine Bewährung noch unter Beweis zu stellen haben.

Jugenddienst.

Trotz der außerordentlich bedenklichen Erfahrungen, die mit den verschiedenen Versuchen zur Durchführung des Staatsjugendgesetzes vom 5.2.1942 gemacht worden sind, wird auf mittelbare wie unmittelbare Veranlassung des Jugendführungsstabes der NS von Zeit zu Zeit immer wieder ein neuer Anlauf unternommen, den fraglichen Staatsjugenddienst unter Androhung wie Anwendung von Zwangsmaßnahmen zur Durchführung zu bringen.

Ein besonders kennzeichnender Fall dieser Art wird nunmehr wieder aus Stavanger berichtet. Danach ist zu Anfang des Monats Juni auf Veranlassung des Jugendstabes der NS Oslo von der Marine-Jung- hird in Stavanger der Versuch unternommen worden, mit etwa 30 Schülern der dortigen Mittelschule im Alter von 15 Jahren den örtlichen Jugenddienst aufzuziehen. Zu diesem neuerlichen Vorstoß der Osloer Jugendführung wurde Stavanger aus dem Grunde ausersehen, weil der örtliche Leiter der Marine-Junghird, Polizei- Oberleutnant von Tangen, sowohl ausbildungsmässig als stellungsmässig ganz besondere Voraussetzungen für einen solchen Versuch mitbringt und ihm außerdem nötigenfalls die entsprechenden Machtmittel zur Verfügung stehen, um evtl. den Besuch der angesetzten Jugenddienstveranstaltungen zu erzwingen.

In einem entsprechenden Schreiben an die Eltern, in dem auf die einschlägigen Paragraphen des Jugenddienstgesetzes hingewiesen wurde, sind die in Betracht kommenden Jugendlichen aufgefordert worden, sich am 8. Juni ds.Js. erstmalig zum Dienst einzufinden, wobei gleichzeitig darauf aufmerksam gemacht worden ist, daß Eltern, die ihre Kinder am Erscheinen hindern, mit Gefängnis bestraft werden. Von den 30 aufgeforderten Schülern kamen 13 zum Dienstantritt. Von den Nichterschienenen konnte ein Teil wegen Krankheit (4) sich glaubhaft entschuldigen, während von den Übrigen ein Teil zwar seitens der Eltern geschickt worden war, sich aber aus eigenem Entschluß nicht eingefunden hatte. Desweiteren erklärten sich einige Eltern - nach Belehrung - bereit, ihre Kinder zum nächsten angesetzten Dienst zu schicken. Nur in 3 Fällen wurde seitens der Eltern eine bestimmte Weigerung

ausgesprochen. Hier erfolgte durch die norwegische Polizei die Festnahme. Ferner wurde schließlich bei 7 der aufgerufenen Jugendlichen die Verpflichtung zum Besuch des fraglichen Dienstes zurückgenommen, da bei den betreffenden Krankheit oder ein anderweitiger stichhaltiger Grund vorlag.

Zum zweiten Diensttermin, dem 16. Juni 1943, erschienen - trotz der verschiedenen Vorkahrungen - lediglich noch 6 Jugendliche, darunter 3 - 4, die der NS angehören. Von weiteren Verhaftungen wurde bisher noch Abstand genommen, doch ist man an die betreffenden Eltern mit nachdrücklichen Ermahnungen herangetreten. Ungeachtet der vorliegenden Erfahrungen ist beabsichtigt, den angelaufenen Dienst weiterzuführen. Die Beteiligung beschränkte sich in der Folgezeit auf die NS.

Das hier berichtete Vorgehen hat in Stavanger stärkstes Aufsehen erregt, wie darüberhinaus die Festnahme der Eltern eine allgemeine Empörung ausgelöst und die Erbitterung gegen die NS erneut einen Höhepunkt erreicht hat. In der Zwischenzeit ist mit Rücksicht auf den ganzen Sachverhalt die Freilassung der betreffenden Eltern erfolgt.

Zur fraglichen Angelegenheit ist ferner noch ergänzend zu erwähnen, daß aufgrund des ersten Dienstabends und des Ergebnisses der nachfolgenden Ermahnungen an die Eltern seitens der NS in Stavanger an die entsprechenden norwegischen Stellen in Oslo ein Bericht abgegangen ist, daß man mit dem bisherigen Erfolg wohl zufrieden sein dürfte. Soweit zu ermitteln war, sollen seitens der fraglichen Stellen in Oslo auf das Stavanger-Experiment ganz besondere Hoffnungen gesetzt worden sein, da nach einer Auskunft von Tangen dies angeblich der letzte Versuch zur Einführung des Jugenddienstes sein soll. Für den Fall, daß auch diese Bemühungen zu einem Fehlschlag führen sollten, sei beabsichtigt, die Durchführung des Jugenddienstes bis Kriegsende zurückzustellen.

Seitens des Einsatzstabes (Abteilung Jugend) ist seit geraumer Zeit gegen dieses Jugenddienst-Experiment immer wieder ohne Erfolg eindringlichst gewarnt worden.

Von gegnerischer Seite wird die aufgebrachte Stimmung weiter Kreise gegen den Jugenddienst erneut zu einer intensiven Propaganda und Gerüchtebildung ausgenutzt. Eine ganz besonders starke Beunruhigung und Vorhetzung hat das Gerücht hervorgerufen, daß der Plan bestünde, in Kürze alle Jugendlichen im Alter von 10 bis 16 Jahren derjenigen Familien zu erfassen, deren Väter nach auswärts zum Arbeitseinsatz einberufen seien. Dem fraglichen Plan liege die Spekulation zugrunde, daß durch die fehlende Stütze der Väter in diesen Fällen mit einem geringeren Widerstand gerechnet werden könne.

Deutsch-Norwegische Gesellschaft.

Die seit dem Beginn dieses Monats allwöchentlich gebrachten Filmabende der Deutsch-Norwegischen Gesellschaft haben unter den Mitgliedern den erwarteten Anklang gefunden. Schon nach den bisher zur Durchführung gekommenen 4 ersten Veranstaltungen dieser Art war festzustellen, daß die Nachfrage nach Eintrittskarten zu diesen Filmabenden weit über das Fassungsvermögen des gegenwärtig benutzten Kinos hinaus geht. Nach der derzeitigen Renovierung des Scala-Theaters wird daher eine Verlegung dieser Filmvorführungen in diese Räume angebracht sein.

Wie demgegenüber aufgrund der bekannten Tendenzen gewisser NS-Kreise (besonders Kulturdepartement) zu erwarten war, hat die gezeigte Aktivität und die offensichtliche Fortentwicklung der Deutsch-Norwegischen Gesellschaft bereits zu verschiedenen durchaus eindeutigen Schritten von dieser Seite geführt. Durch den Oberbürgermeister von Oslo, Fritz Jensen, wurde der Deutsch-Norwegischen Gesellschaft eine Mitteilung zugeleitet, nach der die Beanspruchung des (städtischen) Palast-Theaters zu den obenerwähnten Filmvorführungen untersagt wird. In der Begründung wird darauf verwiesen, daß der städtische Haushalt durch den Ausfall im Biletverkauf eine finanzielle Einbuße erleide. Von zuständiger deutscher Seite ist der erwähnte Schritt des Oberbürgermeisters von Oslo zurückgewiesen worden. Die endgültige Klarstellung der Angelegenheit steht jedoch z.Zt. noch aus.

Vom Chef des Nationaltheaters ging der Deutsch-Norwegischen Gesellschaft ein Schreiben zu, in dem zur Kenntnis gebracht wird, daß in Zukunft nicht mehr mit Vorzugspreisen beim Besuch des Nationaltheaters gerechnet werden könne. Die letzte Veranstaltung der Deutsch-Norwegischen Gesellschaft dieser Art hatte den Nationaltheater - das in Verbindung mit dem nach wie vor von gegnerischer Seite durchgehaltenen Besucherstreik gewöhnlich zum großen Teil leer bleibt - nahezu ein volles

Haus gebracht. Umsomehr muß daher die von der Leitung dieses Theaters getroffene Entscheidung den Verdacht einer beabsichtigten Behinderung der Arbeit der Deutsch-Norwegischen Gesellschaft erregen. Wie der Oberbürgermeister von Oslo, begründet auch der Chef des Nationaltheaters seine Maßnahme mit dem Hinweis auf notwendige finanzielle Rücksichten.

In Rahmen der Zweiggruppe Bergen der Deutsch-Norwegischen Gesellschaft fand ein Klavier- und Violinenabend der Wehrmachtsangehörigen Hans Börner und Werner Schröter statt. Die Veranstaltung, zu der die Spitzen der deutschen zivilen und militärischen Stellen sowie eine Reihe norwegischer Vertreter, darunter Fylkesfører Astrup, erschienen waren, ist als ein voller Erfolg zu werten.

Auch die Einrichtung der festen Gesellschaftsabende der Deutsch-Norwegischen Gesellschaft im Hotel Bristol hat sich bereits gut eingeführt und verspricht eine erfreuliche weitere Entwicklung.

Kulturdepartement

Als Stellvertreter für Minister Fuglesang in seiner Eigenschaft als Chef des Kultur- und Volksaufklärungsdepartements wurde mit Wirkung vom 24.5. ein neuer Expeditionschef, Odd V i i g, eingesetzt. Damit dürfte zugleich die Stellung des bisherigen Leiters der allgemeinen Abteilung des Departements, des Expeditionschefs Bjarne H o l s t, überflüssig werden, der nach Äußerungen Klevenbergs "das Departement sowieso gern verlassen möchte". Man erwägt, ihn möglicherweise beim Rundfunk (beispielsweise als Leiter der Vortragsabteilung) unterzubringen.

Odd V i i g stammt aus dem norwegischen Westland (geb. 1909 in Sunmøre), hat Volkswirtschaft studiert, war eine Zeit lang als Oberlehrer an Drammens Handelsgymnasium tätig und übernahm 1941 das Amt des Fylkes-Organisationsleiters in Buskerud. Seit dem 1.1.42 Ordfører in Drammen, wurde er später ins norwegische Preisdiskretorat und in das Büro des NS-Ønbydsmanne for næringslivet berufen.

Persönlich ist über Viig bekannt geworden, daß er vor der Besetzung Norwegens in Drammen marxistischen Kreisen nahegestanden hat. Durch freundschaftliche Beziehungen hat er den Weg zur NS gefunden, der er seit dem 21.10.40 angehört. Er wird als sehr ehrgeizig geschildert und es heißt, daß er bei seinem Bestreben, eine gute Karriere zu machen, rücksichtslos von seinem Ellenbogen auch gegenüber alten NS-Mitgliedern Gebrauch mache.

Die politische Haltung Viigs wurde bereits im Teil "Innerpolitische Entwicklung" der vorliegenden "Meldungen aus Norwegen" angedeutet. Ergänzend hierzu sei auf eine vorliegende Beurteilung Viigs hingewiesen, in der es u.a. heißt:

Deutsch-

"Deutschfreundliche NS-Kreise bezeichnen Viig als hinterhältig und insgeheim deutschfeindlich. Im persönlichen Verkehr erscheine er außerordentlich freundlich und entgegenkommend, doch sei dies für ihn eine durchaus unverbindliche Maske. Das beziehe sich insbesondere auf seine Einstellung gegenüber den Deutschen. Er gehöre der ultranationalen Richtung Fuglesang-Klevenberg an und ämle diesen beiden auch charakterlich ganz auffallend. Es sei nur folgerichtig, daß Viig eines Tages in diesem Kreise gelandet sei."

Bezeichnend für Minister Fuglesang ist an dieser Angelegenheit, daß er sich zwar grundsätzlich der Zustimmung des Reichskommissariates zur Schaffung einer Stellvertreter-Stellung versichert hatte, daß er die persönliche Lösung der Frage jedoch ohne Fühlungnahme mit dem Reichskommissariat durchführte.

Expeditionschef Klevenberg scheint Befürchtungen, daß durch die Einsetzung eines Stellvertreters für den Minister seine eigene Stellung im Departement geschwächt wird, nicht zu hegen. Er äußerte hierzu verschiedentlich, daß die Aufgaben Viigs all-gemeiner Natur seien, die die Expeditionschefs in ihren Arbeitsbereichen nicht unmittelbar berührten. Im übrigen sei er zur Zeit dabei, sich "ein eigenes Ministerium" aufzubauen. Zu diesen Bemühungen gehört auch ein Versuch Klevenbergs, die Errichtung von drei Konsulentenstellen für die verschiedenen ihm unterstehenden Gebiete der Propaganda durchzusetzen, der jedoch auf Grund finanzieller Erwägungen zum Scheitern gebracht wurde.

Ein weiterer Vorstoß Klevenbergs in dieser Richtung wurde auf dem Gebiet der Presse unternommen. Hierzu sollte eine Erweiterung der Aufgaben des NAT (Norsk Artikkeltjeneste) dienen, der der Reichspropagandaleitung untersteht und ein Artikeldienst der NS ist. Von Minister Fuglesang wurde ein Vorschlag unterzeichnet, nach dem künftig alle Artikel politischen Inhalts durch NAT gehen sollten. "Es den Eindruck erwecken, daß sie namens des Staates oder der Staatspartei geschrieben sind". Die Veröffentlichung von politischen Leitartikeln sollte den Zeitungen durch NAT ohne vorherige Stellungnahme

des

des Pressedirektorats zur Auflage gemacht werden können. Weiter wurde vorgeschlagen, daß Pressemitteilungen über "die Staatspartei, den Führer der Partei und ihre führenden Persönlichkeiten" NAT zur Genehmigung vorzulegen seien.

Die Verwirklichung dieses Vorschlages wäre praktisch einer Ausschaltung des mit dem Reichskommissariat gut zusammenarbeitenden Pressedirektorats gleichgekommen. Der Vorschlag Fuglesangs wurde jedoch auf Grund zahlreicher seitens des Pressedirektorats geltend gemachter Gegenargumente von Ministerpräsident Quisling verworfen.

In diesem Zusammenhang ist noch bemerkenswert, daß in Verbindung mit einer Kritik der allgemeinen Presselenkung in Norwegen vor allem gegen das Pressedirektorat und seinen Leiter, Beggerud, heftige Angriffe gerichtet werden. Bezeichnend für die Richtung dieser Angriffe ist die Äußerung Klevenbergs, man habe, wenn man eine norwegische Zeitung zur Hand nehme, immer den Eindruck, nichts anderes als schlechte deutsche Übersetzungen zu lesen.

Als neuer Versuch Klevenbergs, seinen Einfluß im Departement auszuweiten, ist der Umstand anzusehen, daß er - wie vertraulich bekannt wird - zur Zeit bestrebt ist, die Abberufung H e g g - s t a d s als Expeditionschef der kulturellen Abteilung des Departements durchzusetzen. Von gut unterrichteten Gewährsleuten im Departement wird behauptet, daß Klevenberg die Absicht habe, in diese Stellung den Chef des ihm unterstehenden Büros für kulturelle Propaganda, T v e i t o, hineinzuschieben, den er zur Zeit zugleich dadurch in eine weitere Dankeschuld zu bringen versucht, daß er es unternommen hat, beim Central-Verlag gegen den Willen der Verlagsleitung eine bezahlte Konsulentenstellung für ihn schaffen zu lassen.

Theater.

Der bisherige Leiter des Staatlichen Theaterdirektorates, Asmund S v e e n , ist am 1.7.1943 offiziell aus dem Kulturdepartement ausgeschieden, nachdem er schon seit längerer Zeit die praktische Arbeit des Direktorates fast ausschliesslich seinem Bürochef J.W. B o e c k überlassen hatte. Sveen wird sich wieder - ähnlich wie sein Vorgänger Finn H a l v o r - s e n - auf literarischem Gebiet betätigen, weshalb für ihn auf Veranlassung des Kulturdepartements eine Stellung als "Konsulent" bei dem bekannten Buchverlag Aschehoug geschaffen wurde.

Als Nachfolger Sveens ist der bisherige Bürochef J.W. Boeck ernannt worden. Die Ernennung Boeck's zum staatlichen Theater-"Direktor" war vorübergehend in Frage gestellt, da im Kulturdepartement Bestrebungen bestanden, das Theaterdirektorat nicht in seiner jetzigen Form als Direktorat aufrecht zu erhalten, sondern nur als Theater-"Abteilung" des Kulturdepartements weiterzuführen.

Damit wäre ein Abschnitt in der staatlichen Theaterführung beendet worden, der im Sommer 1941 mit der Ernennung des damaligen staatlichen Theaterkonsulenten Finn Halvorsen zum Staatlichen Theaterdirektor unter gleichzeitiger Schaffung eines besonderen Direktorates für Theaterfragen begann. Die Aufgaben des Theaterdirektorates waren am Anfang bis zu einem gewissen Grade nur zeitbedingt. Der Auftrag Halvorsens bestand seinerzeit im wesentlichen in der Neuregelung einiger rein fachlicher Theaterfragen, abgesehen von der allgemeinen Überwachung des Theaterlebens entsprechend der politischen Neuordnung in Norwegen. Die wichtigsten fachlichen Aufgaben waren z.B. die Einführung einer staatlichen Lizenz für die Theaterbetriebe und die einzelnen Schauspieler, die Neugestaltung des Schauspielerkontraktes mit der Verpflichtung für die Schauspieler, gegebenenfalls auch im Rundfunk und im Film mit-

zuwirken, die Errichtung einer staatlichen Theaterschule und die Regelung fester staatlicher Zuschüsse für einzelne Theater. Diese Punkte sind schon im ersten Jahre des Bestehens des Theaterdirektorates unter Finn Halvorsen verwirklicht worden.

Nachdem bereits der Nachfolger Halvorsens, Asmund Sveen, keine grösseren praktischen Aufgaben mehr vorfand und sie auch - einseitig literarisch interessiert - nicht suchte, und der noch verhältnismässig junge Boeck nicht viel mehr als ein gewissenhafter Verwaltungsbeamter angesehen werde, war offenbar in gewissen Kreisen des Kulturdepartements die Auffassung entstanden, dass zur Bearbeitung der Theaterfragen nicht mehr ein besonderes Direktorat notwendig sei.

Gegen diese Auffassung wandten sich scharf Finn Halvorsen, der noch immer einen starken indirekten Einfluss auf die staatliche Theaterführung besitzt, sowie einige NS-Theaterfachleute (z.B. der Chef des National-Theaters, Berg-Jäger). Man hob hervor, dass gerade eine nationalbewusste Staatsführung diesem Kultursektor nicht weniger Wert beimessen dürfe, als etwa dem Film oder der Presse, denen man ja nach wie vor ein eigenes staatliches Direktorat zuerkenne, obwohl z.B. gerade in der Presse starke Einschränkungen vorgenommen seien und hier auch die "nationale Ausrichtung" schon weit mehr durchgeführt werden konnte als auf dem Gebiete des Theaters. Die Ernennung von Boeck zum Leiter des Theaterdirektorates hat diesen Stellungnahmen Rechnung getragen.

Die Schauspielerschaft wie auch der überwiegende Teil des festen Theaterpublikums stehen nach wie vor in einheitlich gegnerischer Front gegen die Bestrebungen der staatlichen Theaterführung.

Der Boycott des National-Theaters, der vorübergehend seit dem Beginn der Aufführungen des Lustspiels "Petter Petter" nachzulassen begann, machte sich wieder in steigendem Masse be-

F i l m .

Trotz fast zweijährigen Bestehens eines im Sinne der NS gelenkten Theaterdirektorates und eines ebenso ausgerichteten Filmdirektorates ist es der Staatlichen Film- und Theaterführung bisher nicht gelungen, sich gegenüber der einheitlich gegnerischen Front der Schauspieler entsprechend durchzusetzen. Bei der im Zusammenhang mit der Theaterverordnung vom 30.5. 1941 vorgenommenen Neugestaltung des allgemeinen Schauspielervertrages wurde zwar in § 8 bestimmt, dass die Schauspieler verpflichtet seien, gegebenenfalls bei norwegischen Filmaufnahmen und in Sendungen des norwegischen Rundfunks mitzuwirken. In der Praxis haben aber bisher die Künstler - besonders die Prominenten unter ihnen - sich der Mitwirkung im Rundfunk oder bei solchen Filmen entziehen können, die ihnen aus politischen Gründen teils wegen des Inhaltes, teils wegen der politischen Einstellung des Regisseurs nicht passten.

Das Kulturdepartement hat sowohl unter Minister Lunde wie unter seinem Nachfolger Fuglesang den Schauspielern gegenüber eine ausgesprochen nachgiebige Haltung eingenommen. Diese "Versöhnungslinie" wird von einigen auf dem Gebiet des Theaters und des Films hervortretenden NS-Mitgliedern (z.B. Theaterchef Berg-Jäger und Film-Regisseur Leif Sinding) scharf kritisiert. Man hebt hervor, dass diese Versöhnungspolitik - einseitig vom Staat betrieben - von den gegnerischen Film- und Theaterleuten doch nur als Schwäche ausgelegt werde.

Besonders Leif S i n d i n g fühlt sich in seiner praktischen Berufsarbeit benachteiligt. Sinding hatte bereits im vorigen Jahre in Zusammenarbeit mit Finn Halvorsen (als Manuskriptverfasser) geplant, einen Film zu drehen, der unter dem Titel "Mein Leben für Norwegen" im Rahmen einer Spielhandlung den Kampf der Norwegischen Legion an der Ostfront behandeln und darüber hinaus zu einem Propagandagrossfilm

gegen den Bolschewismus allgemein gestaltet werden sollte. Damals schon scheiterte das Unternehmen an der ablehnenden Haltung der für die Hauptrollen vorgesehenen Schauspieler. Nun hat Sinding diesen Plan erneut aufgenommen und will bereits am 15. August ds. Js. mit den Aufnahmen beginnen. Es ist jedoch auch diesmal fraglich, ob der Film zustande kommt, da sich das Kulturdepartement aus verständlichen taktischen Gründen noch nicht bereit gefunden hat, die von Sinding für die beiden männlichen Hauptrollen vorgesehenen aber als ausgesprochen gegnerisch bekannten Schauspieler Jörn O r d i n g und Ola I s e n e eventuell unter Druck zu einer Mitwirkung zu veranlassen.

Dem Filmregisseur Walter F ü r s t (NS-Mitglied), der Anfang ds. Js. den ersten norwegischen politischen Film ("Junger Wille") antimarxistisch, mit gleichzeitiger Propaganda für die NS) herausbrachte, war die Herstellung dieses Filmes nur dadurch möglich, dass er die einzelnen Rollen fast ausschliesslich mit NS-Mitgliedern besetzte. Dies waren einige Berufsschauspieler, die übrigens zum Teil im Theaterleben wenig hervortreten, und zwei jugendliche Debutanten.

Fürst hatte nach diesem Film eigentlich beabsichtigt, einen Dokumentarfilm gegen den Bolschewismus zu drehen. Dies scheiterte aber, da er nicht genügend Material, das er zum grössten Teil von deutschen Filmstellen zu erhalten hoffte, beschaffen konnte. Nun plant er einen grossen Wikingerfilm, dem er eine grossgermanische Tendenz zugrunde legen will.

Von den deutschen Grossfilmen, die z. Zt. in Norwegen gezeigt werden, beweist der schon vor längerer Zeit angelaufene Farbfilm "Die goldene Stadt" immer wieder erneut seinen überdurchschnittlichen Erfolg auch beim norwegischen Publikum. Besonderen Anklang haben ferner die Filme "Die grosse Liebe" mit Zarah Leander und "Andreas Schlüter" mit Heinrich George gefunden, während der Mozart-Film "Wen die Götter lieben"

offenbar - wahrscheinlich mangels ausreichendem Verständnis - nicht dem Durchschnittsgeschmack des norwegischen Kinopublikums entspricht.

Vereinzelt - namentlich aus Kongsvinger - kommen immer wieder Klagen, dass die deutschen Filme entweder vom norwegischen Publikum boykottiert bzw. von dem betreffenden Kinobesitzer insofern benachteiligt werden, als sie nur wochentags gespielt werden, während die anderen Filme an den Hauptbesuchstagen - Sonnabend und Sonntag - gezeigt werden. Die besonders deutschfeindliche Einstellung der Kinobesucher in Kongsvinger zeigte folgender Vorfall: Am 2. Pfingsttage verliessen die norwegischen Besucher das dortige Kino vor Beginn der Vorstellung als Protest gegen die Bevorzugung der deutschen Soldaten beim Verkauf von Eintrittskarten (die Kinoverwaltung liefert jeweils 50 Karten im Voraus an die Ortskommandantur). Als Gegenmassnahme wurde das Kino für das norwegische Publikum gesperrt und der Wehrmacht zur Verfügung gestellt.

In der Filmversorgung bietet nach wie vor die Aktualitätsfrage der Wochenschauen erhebliche Schwierigkeiten. Über die Sonderverhältnisse in Nord-Norwegen, die sich im wesentlichen aus den schlechten Post- und Verkehrsverhältnissen erklären und z.Zt. kaum gebessert werden können, wurde bereits mehrfach berichtet. So ist es dort als nicht ungewöhnlich anzusehen, wenn z.B. in Kirkenes am 1. Mai 1943 noch eine norwegische Wochenschau mit der im November v.Js. erfolgten Einlieferung der Weihnachtspakete für die norwegische Legion gezeigt wurde.

Stärkere Beachtung verdient jedoch die Tatsache, dass noch im Juni in Südnorwegen die Ufa-Wochenschau Nr. 605 mit dem Vormarsch der Achsentruppen in Tunis und der Gefangennahme englischer Soldaten gezeigt wurde, was nach Meldungen aus Stavanger und Lillehammer sowohl beim norwegischen Publikum

als auch zum Teil bei anwesenden Wehrmichtsangehörigen schallendes Gelächter oder Heiterkeit auslöste. In Stavanger wurde auf sicherheitspolizeiliche Veranlassung der fragliche Filmstreifen herausgeschnitten. Es erscheint jedoch als zweckmässig, den jeweils örtlich zuständigen deutschen Dienststellen durch eine allgemeine Vollmacht oder entsprechende Anweisung die Möglichkeit einer ständigen vorherigen Überprüfung der Wochenschauen auf ihre Aktualität hin zu geben.

Ein gänzliches Fehlen der Wochenschauen im Programm würde allmählich auch von dem grössten Teil des norwegischen Publikums vermisst werden. Wenn man auch im allgemeinen ausgesprochene Kriegsbilder ablehnt, so besteht doch ein starkes Interesse für aktuelle Aufnahmen aus dem allgemeinen politischen oder zivilen Leben der verschiedenen europäischen Länder. Mitunter nehmen allerdings auch Kriegsbilder durch ihre besonders gute Photographie oder dramatische Darstellung das Interesse der norwegischen Kinobesucher in grösserem Masse gefangen, so z.B. die in der Ufa-Wochenschau Nr. 611 gezeigte Versenkung des Flugzeugträgers "Hornet" durch die Japaner.

Eine Neuregung des gesamten Wochenschauwesens in Norwegen wird am 1. August ds. Js. mit der Zusammenlegung der bisherigen Ufa-Auslandswochenschau und der norwegischen Wochenschau erfolgen.

Presse und Schrifttum

Zum Zwecke weiterer Papiereinsparung wurden auf den Gebieten der Presse und besonders der Zeitschriften neuerlich, z.T. äußerst umfassende Einschränkungen notwendig. Es handelt sich dabei jedoch zumeist um Maßnahmen, die der vom norwegischen Pressedirektorat seit langem systematisch betriebenen Neuordnung des norwegischen Pressewesens entgegenkommen und diese beschleunigen.

Für die Tagespresse bedeutet die neue Einsparung vor allem eine Zusammenlegung weiterer Zeitungen des gleichen Verbreitungsgebietes, so u.a. in Fredrikstad, Lillehammer, Hamar, Kristiansand, Stavanger und Röros. Von 245 Zeitungen der Zeit vor der Besetzung des Landes, von denen - insbesondere im Zusammenhang mit der Auflösung der politischen Parteien - eine größere Anzahl bereits das Erscheinen eingestellt hatte, werden noch etwa 120 übrig bleiben, was für Norwegen als durchaus ausreichend anzusehen ist. Bei den großen Zeitungen Oslos und der größeren Städte des Landes erfolgt zusätzlich eine weitere Herabsetzung des Umfanges.

Um für den normalen Textteil der Zeitungen möglichst viel Platz zu gewinnen, wird der Anzeigenteil gegenüber dem Durchschnitt des Monats Januar 1943 um durchschnittlich 40 v.H. eingeschränkt. Auch darf der Anzeigenteil nur einen begrenzten Anteil des Gesamtumfangs der Zeitung ausmachen. Die geringeren Einkünfte, die die Zeitungen durch diese und eine Reihe weiterer einschränkender Bestimmungen für das Anzeigenwesen - darunter auch das Verbot zweisprachiger Anzeigen - erzielen, werden durch eine Erhöhung der Anzeigenpreise ausgeglichen. Als Vorteil dieser Regelung ist zu werten, daß der Textteil der Tagespresse, von den wenigen größeren Zeitungen abgesehen, sich nicht verringert, sondern im Gegenteil durch die Einschränkungen des Anzeigenteils noch etwas vergrößert werden kann.

Stärker

Stärker wird durch die neuen Einsparungsmaßnahmen die Zeitschriftenpresse betroffen. Hier sollen von dem bisherigen Jahresverbrauch von 3 600 t Papier rund 2 000 t eingespart werden. Um dies zu erreichen, wurden am 1.7. ungefähr 150 verschiedenste Zeitschriften ganz eingestellt, d. s. 70 - 80 v. H. der gesamten norwegischen Zeitschriftenpresse. Bestehen bleiben lediglich neben einigen politischen, fachlichen, wissenschaftlichen, technischen und wirtschaftlichen Zeitschriften sowie offiziellen Staatsorganen, eine sehr geringe Zahl von Unterhaltungs- und Kirchenzeitschriften. Auch von den bestehen bleibenden Organen wird eine Einschränkung des Umfangs zwischen 25 und 75 v. H. verlangt. Der Anzeigenteil der Zeitschriften wird um die Hälfte gekürzt, er darf nicht mehr als ein Viertel des Gesamtumfangs betragen.

Eine gewisse Einsparung wird auch bei den deutschen Presseerzeugnissen in Norwegen vorgenommen werden. So wird z. B. die "Deutsche Zeitung" ihren wöchentlichen Gesamtumfang von 60 auf 54 Seiten herabsetzen, während die "Deutschen Monatshefte" den Umfang jedes Heftes auf 44 Seiten einschließlich Umschlag statt bisher 48 Seiten beschränkt werden.

Auf dem Buchsektor wird die norwegische Papierquote um 500 t zu Gunsten von Druckaufträgen aus Deutschland gekürzt. Der Sinn dieser Maßnahme ist die Einsparung von Material und Arbeitskräften im Reich und die Versorgung der in Norwegen und Finnland liegenden Truppen mit deutschen Büchern, was in großem Umfang bereits angelaufen ist.

Die für den norwegischen Sektor verbleibenden 900 t werden nach bestimmten Verhältniszahlen auf die einzelnen Verlage aufgeteilt. Die Einhaltung des ihnen zugestandenen Höchstverbrauchs wird, ebenso wie bei der Presse, im einzelnen kontrolliert.

Insgesamt

den Umfang jedes Heftes auf 44 Seiten einschließlich Umschlag statt bisher 48 Seiten beschränkt werden.

Insgesamt sollen die Einsparungen an Papier auf dem Gebiete der Zeitungs-, Zeitschriften- und Buchherstellung von einem bisherigen Jahresverbrauch von etwa 16 800 t wenigstens 3 - 4 000 t ausmachen.

Der Norsk Bladeierforening, der Verein der norwegischen Zeitungsbesitzer, der in der letzten Zeit kaum tätig gewesen ist, wurde dadurch gleichgeschaltet, daß der norwegische Pressedirektor mit Ermächtigung des Innendepartements (Vereinskontor) den bisherigen Vorstand absetzte und als kommissarischen Vorsitzenden den bekannten Drontheimer NS-Journalisten Johann Knudsen, Chef des Drontheimer "Dagsposten" und Mitglied des Kulturrates, berief. Zum Generalsekretär wurde der Bürochef im Pressedirektorat, Tveten, ernannt.

Die Zeitungsbesitzer haben sich bisher verhältnismäßig ruhig verhalten, vor allem wohl auch deswegen, weil sie unter dem NS-Regime recht gut verdienen. Auch die Gleichschaltung des Vereins wurde ohne Widerstände hingenommen. Der frühere Generalsekretär, Grini, äußerte hierzu, man habe eine solche Maßnahme eigentlich schon 2 Jahre lang erwartet.

Wie im vorigen Jahr hatte sich auch zur diesjährigen Tagung der Union nationaler Journalistenverbände in Wien eine norwegische Abordnung ins Reich begeben. Von deutscher Seite nahm der Leiter der Presseabteilung des Reichskommissariates und der Hauptschriftleiter der "Deutschen Zeitung", von norwegischer Seite der Pressedirektor Beggerud, sowie die Redakteure Riishovd, Endsjö und Skjaerven teil. Das Norwegische Telegrammbüro entsandte einen Berliner Vertreter. Als norwegische Ehrengäste waren zu der Tagung Knut Hamsum und Professor Hermann Harris Aall geladen, die von Expe-

ditionschef

ditionschef Holmboe nach Wien geleitet wurden. Hamsun stand insbesondere am 23.6. im Mittelpunkt des Interesses, als er nach einigen persönlich gesprochenen Begrüßungsworten an die Tagungsteilnehmer ein politisches Bekenntnis verlesen ließ, das in der Forderung gipfelte: "England muß in die Knie!" Wie Hamsuns Erklärung wurde auch der Vortrag von H.H.Aall am 25.6., der mit Hilfe umfangreichen Tatsachenmaterials England und Amerika als Hauptschuldige an der Entstehung und dem Anwachsen des Bolschewismus brandmarkte, sehr stark beachtet und in der Presse ausführlich wiedergegeben und behandelt.

Die Einladung Hamsuns ins Führerhauptquartier hat in der norwegischen Öffentlichkeit bedeutendes Aufsehen erregt. Bezeichnend für die derzeitige Einstellung des größeren Teils des norwegischen Volkes gegenüber Hamsun ist die Tatsache, daß ihm aus Anlaß seiner Deutschlandreise und seines Besuches beim Führer, insbesondere aber auf Grund seines in Wien abgelegten politischen Bekenntnisses, eine Flut von anonymen Schmähbriefen zugegangen ist, in denen er mit gemeinsten und rohesten Beleidigungen überschüttet wird.

e) Verwaltung und Recht.

Verwaltung.

Wie aus Kreisen des Innendepartements in Erfahrung gebracht werden konnte, sind die Vorarbeiten für eine Neuordnung der Lensmannsinstitution vor einigen Wochen eingestellt worden.

Im Auftrage des Departements hatte sich eine besondere Kommission seit Monaten mit diesen Fragen beschäftigt. Die Stellung des Lensmannes und sein ganzer Aufgabenbereich wurden unter Berücksichtigung einer etwa 700-jährigen Tradition einer grundsätzlichen Prüfung unterzogen, wobei die Erfordernisse der Jetztzeit, insbesondere die Fragen der polizeilichen Tätigkeit, im Vordergrund standen.

Nach einer hier bekanntgewordenen Darstellung habe der Leiter der norwegischen Ordnungspolizei einem Expeditionschef des Innendepartements gegenüber mündlich erklärt, dass es sowohl seine als auch die amtliche deutsche Auffassung sei, wenn der Lensmann in Zukunft nicht mehr selbst exekutives Polizeiorgan sei. Der Lensmann müsste zwar wie bisher weiterhin die verwaltungsmässige Leitung über seine ihm unterstellten Polizeikräfte behalten, selbst aber sollte er nicht mehr als Polizeibeamter gelten. Nachdem das Innendepartement vergeblich auf eine schriftliche Bestätigung dieser Stellungnahme des Polizeidepartements gewartet habe, sei man sich innerhalb der Kommission darüber einig geworden, dass bis zur endgültigen Klärung dieser grundsätzlichen Frage die weiteren Arbeiten vorläufig einzustellen seien. Nach Ansicht sämtlicher Kommissionsmitglieder war damit der Ansatzpunkt für eine Neugestaltung der Lensmannsarbeit insofern weggefallen, als gerade die volle Polizeieigenschaft des Lensmannes das Hauptkriterium dieser untersten Verwaltungsstufe sein sollte. Die Ausrichtung der Gesamtarbeit der Kommission war abgestellt auf die Kardinalfrage, ob die Tätigkeit des Lensmannes entweder mehr in die Richtung der polizeilichen Aufgaben oder

des Steuer- und Zollwesens verlagert werden sollte. Da man allgemein davon überzeugt war, dass die Polizeitätigkeit des Lensmannes sowohl früher als auch besonders heute und in Zukunft eine dominierende Stellung im Rahmen der übrigen Aufgaben einnehmen müsse, sah sich die Kommission gezwungen, einen unfertigen Vorschlag einzureichen, in dem die Fragen der Entlastung des Lensmannes von steuerlichen und sonstigen Dingen zugunsten der reinen Polizeiarbeit offen gelassen wurden.

Der Vorsitzende des Norges Lensmannslag verfasste nun eine persönliche Eingabe an das Innendepartement, in der er eingehend auf die Notwendigkeit hinwies, dass der Lensmann auf keinen Fall von seiner polizeilichen Tätigkeit ausgeschlossen werden dürfe. Im einzelnen werden hier u.a. folgende Gesichtspunkte aufgeführt:

- 1.) Das Gebührensystem sei ein veraltetes Entlohnungssystem, das der heutigen Zeit nicht mehr gerecht werde. Diese bestehende Ordnung im Zusammenhang mit der Tatsache, dass die Lensmannsangestellten, die in der Praxis öffentliche Funktionäre und Polizisten seien, vom Lensmann privat angestellt und bezahlt würden, liesse vom polizeilichen Gesichtspunkt aus gesehen berechtigte Klagen laut werden. Eine entscheidende Änderung trete nur dann ein, wenn der Lensmann und seine Gehilfen in Planstellen des Staatshaushaltes übernommen würden.
- 2.) Der Lensmann als Staatsbeamter sei noch stärker als bisher an die Polizeiarbeit heranzubringen. Ressortmässig gesehen, könne das am besten dadurch zum Ausdruck kommen, dass der Lensmann dem Polizeidepartement unterstellt werde. Die Durchführung dieses Planes sei auch - entwicklungsmässig gesehen - begründet, da die Lensmänner als Hüter des Gesetzes und Repräsentanten der Polizei innerhalb ihres Distriktes eine Stellung einnehmen, die tief im Bewusstsein des Landvolkes verwurzelt sei.

3.) Die polizeiliche Tätigkeit müsse Hauptaufgabe werden.

Daneben könne in äusserst zweckmässiger Weise die übrige Arbeit (als richterlicher Hilfsbeamter, Vollstreckungsbeamter, Auktionär usw.) mitverbunden werden. Damit sei auch der Grundsatz der Billigkeit der Verwaltung berücksichtigt.

4.) Der Lensmann müsse in seiner Eigenschaft als Polizeibeamter seine Unterstellung unter den Polizeimeister seines Distriktes finden. Eine rangmässige polizeiliche Einstufung mit entsprechender Uniformierung sämtlicher Lensmannangestellten schaffe gleichzeitig eine neue Landpolizei, ohne dass wesentliche Personalvergrösserungen notwendig seien.

5.) Damit wäre der Plan der Aufstellung einer Landgendarmerie, der von Seiten des Polizeidepartements vertreten werde, besser und zweckmässiger erfüllt, als wenn neben den Lensmannangestellten ein besonderes Gendarmeriekorps eingesetzt würde, dessen teilweise Unterstellung unter die verwaltungsmässige Führung des Lensmannes nur zu Kompetenzstreitigkeiten zwischen Lensmann und Polizeimeister führen müsste. Nebend der Verteuerung des Staatsapparates wäre als wesentliches Moment ausserdem eine Doppelarbeit festzustellen, wenn beispielsweise der Lensmann einen polizeilichen und einen richterlichen Auftrag an einem bestimmten Ort auszuführen hätte und hierzu zwei Beamte in Marsch setzen müsste, ganz abgesehen davon, dass eine zu erwartende ständige Versetzung der Gendarmeriebeamten die notwendige Kontinuität im Verhältnis zur Bevölkerung nicht gewährleisten würde.

Recht.

Am 20. Mai 1943 wurde vom Ministerpräsidenten ein Gesetz über Aberkennung der norwegischen Staatsbürgerrechte erlassen. Es löst die Verordnung des Innendepartements vom 15.11.1941 ab und ist im Vergleich zu dieser umfassender. Danach kann für eine Person, die nach dem 8.4.1940 das Land unerlaubt verlassen hat oder verlässt, eine Aberkennung der norwegischen Staatsbürgerrechte und eine Vermögenseinziehung zum Vorteil der norwegischen Staatskasse angeordnet werden (§ 1 und 3 des Gesetzes). Ferner können die norwegischen Staatsbürgerrechte denjenigen Personen genommen werden, die diese Rechte vor dem 25. September 1940 nicht durch Abstammung und Eheschließung, sondern durch besondere Bewilligung (Einbürgerung) erhalten haben (§ 2 des Gesetzes). Eine Vermögenseinziehung ist für diesen Fall nicht vorgesehen, wohl aber wird darüber entschieden, ob die Rückgängigmachung der Einbürgerung auch für nahe Verwandte gelten soll. Die vorbezeichneten Beschlüsse werden vom Innendepartement vorbereitet und vom Ministerpräsidenten getroffen.

Seit Erlass der Verordnung vom 15.11.1891 sind 436 Norwegern die Staatsbürgerrechte aberkannt worden, u.a. den Mitgliedern der norwegischen Regierung in London und den bekannten Politikern Hambro, Worm-Müller, Paasche und Mowinckel. Das Innendepartement plant nunmehr, auch Sigrid Undset die norwegische Staatsbürgerschaft zu entziehen.

d) W i r t s c h a f tNorges Naeringssamband

Die Schaffung des norwegischen Wirtschaftsbundes (Norges Naeringssamband) stand in der Berichtszeit im Vordergrund der Erörterungen innerhalb norwegischer Wirtschaftskreise. Zum Präsidenten des Verbandes wurde der Wirtschaftsberater des Ministerpräsidenten, Direktor Whist, ernannt. Zum stellvertretenden Präsidenten wurde Minister Fretheim und zum Vizepräsidenten Generalkonsul Hildisch berufen. Letzterer ist gleichzeitig Leiter des Industrieverbandes. Mitglieder des engeren Beirates wurden der Reichshandwerksmeister Gundersen und der Leiter des Handelsforbunds Baanrud. Als Leiter der Zentralabteilung für Forschung und Planung ist Prof. Skarp-hagen vorgesehen. Der Forschungsrat dieses Instituts soll voraussichtlich Prof. Pedersen übertragen werden.

Durch die Einsetzung der vorgenannten Personen, die durchweg der NS angehören, wurden die der Partei fernstehenden norwegischen Wirtschaftskreise vollkommen ausgeschaltet. Dieses Vorgehen hat die vielfach erhofften Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit auf sachlicher Grundlage zwischen der NS und den Vertretern der Wirtschaft stark beeinträchtigt. Die führenden Wirtschaftskreise sehen in Norges Naeringssamband einerseits ein Instrument der Partei zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele, und andererseits ein Werkzeug deutscher Wirtschaftsinteressen. Darüberhinaus wird fast ganz allgemein die Gründung des Naeringssamband als die entscheidende Station der Entwicklung angesehen und abgelehnt, die von der bisherigen "Freien Wirtschaft" zur "staatsgelenkten Zwangswirtschaft" führt.

Bezeichnend für die Haltung weiterer Wirtschaftskreise zum Naeringssamband sind die Stimmen, die zum Ausdruck bringen, es sei das beste, möglichst nur mit dem Reichskommissariat zusammenzuarbeiten und sich nur soweit als unbedingt notwendig um den "Norges Naeringssamband" zu kümmern. Diese Auffassungsweise, die zweifellos auf den Versuch hinausläuft, zwischen die deutsche und die norwegische Wirtschaftsführung einen Keil zu treiben, kommt u.a. auch darin zum Ausdruck, dass norwegische Wirtschaftler es ablehnten, ein Fachreferat im Rahmen des Naeringssamband zu übernehmen.

Erwähnenswert ist, dass von einigen NS-Wirtschaftlern, insbesondere dem Beauftragten für das Bankwesen Schlytter-Henriksen, der bekannte Schiffsreeder und Industrielle Thomas Fearnley als Präsident des Norges Naeringssamband vorgeschlagen wurde. Dieser Vorschlag wurde vor allem von den Ministern Hagelin, Prytz und Blehr abgelehnt.

Welche Auffassung über die Gründung des Norges Naeringssamband selbst in Regierungs- und NS-Kreisen vertreten werden, haben verschiedene Äusserungen gezeigt, die hier bekannt wurden. So hat z.B. Finanzminister Prytz erklärt, "er sei mit der Schaffung des Norges Naeringssamband nicht ganz einverstanden, trotzdem habe er aber an der Gründungsversammlung teilgenommen, bei der er wahrscheinlich geschlafen habe". Landwirtschaftsminister Fretheim sträubte sich gegen die Eingliederung des Bondesamband in den Norges Naeringssamband und verlangte vom Ministerpräsidenten, dass die bäuerlichen Organisationen vollkommen selbständig bleiben, Ebenso versuchte der damalige Präsident des Reederverbandes, der inzwischen verstorbene Schiffsreeder Stenersen, den Ministerpräsidenten zu bewegen, die Interessenvereinigung der Schiffsreeder von der Eingliederung in den Norges Naeringsamband auszunehmen. Er wies in der Begründung zu seiner Bitte darauf hin, dass die Schifffahrt- und insbesondere die norwegische "Tramp-Schifffahrt" - Bedingungen internationaler Art unterliege, die sich der Beurteilung und Einflussnahme durch den Naeringsamband entzögen.

Da der Ministerpräsident auf die Äusserungen Stenersens nicht einging und kurz danach die Gründung des Norges Naeringssamband bekanntgegeben wurde, wobei die Eingliederung des Schifffahrtsverbandes in Erscheinung trat, sah der Präsident des Reederverbandes für sich keinen anderen Ausweg, als den Ministerpräsidenten unter diesen Umständen in einem Schreiben um seinen Rücktritt zu bitten. In diesem Schreiben führte er u.a. aus:

"...Wieweit sich die norwegischen Reedereien gegenüber dem Naeringssamband feindlich stellen, weißs ich nicht, ich glaube aber persönlich, dass diese meine Grundauffassung teilen und wehn Herr Ministerpräsident Norges Rederforbund dem Naeringssamband zu unterstellen wünschen, wünsche ich, Herr Ministerpräsident, als Präsident des Norges Reederforbund zurückzutreten, da ich nicht eine Ordnung organisatorischer Verhältnisse in der Schifffahrt mitmachen will, die meiner Meinung nach für die Reedereitätigkeit in der Zukunft sich schädlich auswirken wird. Wenn der Seefahrtsminister als

Fachminister genehmigt hat, dass Norges Rederforbund im Naeringssamband einorganisiert werden soll, wird er in diesem Falle die Verantwortung zu tragen haben. Norges Rederforbund hat sich mit Ehre in den vielen Jahren seiner Existenz behauptet und ich sehe keinen Grund irgendwelcher Art, dass er nun einer anderen Organisation unterstellt werden oder in dieser aufgehen soll. Als Leiter des Norges Rederforbund hoffe ich, dass hier in Zukunft Reeder sitzen werde, die von ihren eigenen Leuten gewählt worden sind und die nicht irgendwelche "Oberkikadorianer" (=Protektoren) haben, die nicht im Besitz der fachlichen Kenntnisse und Fähigkeiten sind, die für den Norges Rederforbund notwendig und wünschenswert erscheinen."

Die Veröffentlichung über die Einsetzung des Wirtschaftsbeauftragten des Ministerpräsidenten Quisling, Direktor Whist, als Leiter des Norges Naeringssamband, wurde fast allgemein ablehnend aufgenommen. Von mehreren Seiten wurde darauf hingewiesen, dass Whist innerhalb der norwegischen Wirtschaft einen sehr schlechten Ruf habe und in keiner Weise die notwendigen Qualitäten mitbringe, die für eine derartige Stellung vorhanden sein müssten. Es wird behauptet, Whist hätte sein Vermögen durch Schwindeleien als Versicherungsdirektor erworben. Den meisten Norwegern seien diese Machenschaften noch in frischer Erinnerung.

Selbst in Kreisen der NS steht man Whist vielfach ablehnend gegenüber und hätte sich eine charakterlich einwandfreie Person auf diesem Posten gewünscht. Wie aber bereits früher in den "Meldungen aus Norwegen" berichtet wurde, stand offenbar keine geeignete Persönlichkeit, die der Partei angehört, für die Leitung des Norges Naeringssamband zur Verfügung.

- 61 -

Ernährungswirtschaft

Die allgemeine Ernährungslage ist z.Zt. einigermassend zufriedenstellend. Infolge von erhöhten Rohstoffzuteilungen und der dadurch gesteigerten Produktion der Margarine-Fabriken hat sich die Fettversorgung so gebessert, dass die Rationen gedeckt werden können.

Die Milchanlieferung wurde mit dem Beginn der Weidezeit günstiger, so dass fast überall die vollen Magermilchrationen an die Bevölkerung abgegeben werden konnten.

Hinsichtlich der Eierversorgung ist zu bemerken, dass zum ersten Male seit längerer Zeit gegenwärtig der laufende Bedarf der Wehrmacht und der Krankenhäuser an Eiern gedeckt werden konnte. Dagegen war es nicht möglich, eine Verteilung von Eiern an die Bevölkerung vorzunehmen. Angesichts des jahreszeitlich bedingten starken Eieranfalls ist mit Sicherheit anzunehmen, dass ein Grossteil der anfallenden Eiermengen im Schwarzhandel verkauft wird.

Die Fischversorgung ist unterschiedlich. Aus den Städten des Nordland-Troms-Fylke kommen wie alljährlich um diese Zeit Klagen über Frischfischmangel. Lachs kommt dort so gut wie überhaupt nicht auf den Markt, sondern wird ausnahmslos auf dem Tauschweg umgesetzt. Dabei wird nicht nur mit Schnaps und Tabak, sondern gegen alle möglichen Waren, wie alte Kleidungsstücke, Haushaltsgegenstände, Rationierungskarten usw. getauscht.

Die südlichen Bezirke melden hingegen teilweise aussergewöhnlich grosse Fischzufuhren an Heringen, Makrelen, Dorsch, Sei und Brislingen, so dass seit einiger Zeit der tägliche Bedarf der Bevölkerung an Fisch wieder gedeckt werden konnte.

Wenn auch für die arbeitende Bevölkerung hauptsächlich nur Heringe und Makrelen erreichbar waren, da andere Kochfischarten weiter nur im Schwarzhandel veräussert werden, so genügen die Zufuhren doch, um keinen Mangel auftreten zu lassen. Trotzdem können auf den Fischmärkten nach wie vor Käuferschlangen beobachtet werden, wenn auch nicht -wie noch vor etwa 2 Monaten- schon mehrere Stunden vor Eröffnung des Marktes.

Über die Kartoffelversorgung kommen keine Beschwerden; sie wird als ausreichend bezeichnet.

Die Gemüseversorgung wird unterschiedlich beurteilt. Einige Bezirke klagen über mangelhafte Zuteilungen, wenn auch zugegeben wird, dass eine geringfügige Besserung eingetreten ist. Aus anderen und zwar aus der Mehrzahl der Bezirke wird gemeldet, dass infolge der gesteigerten Zufuhr von Gemüsen, wie Kohl, Kohlrüben, Mohrrüben, Spinat und Salat, die Versorgungslage auf diesem Sektor in den letzten Wochen günstiger als bisher anzusprechen sei.

Im Zusammenhang hiermit ist noch zu bemerken, dass neben dem regulären Gemüseumsatz, der über die neu eingerichtete Verteilerzentrale geht, noch ein unkontrollierbarer Schwarzhandel mit Gemüse betrieben wird, dessen Umfang nicht zu übersehen ist.

Hinsichtlich des jetzt im Handel befindlichen Gemüsemehls führen die Kleinverteiler Klage, dass dieses Mehl bis jetzt bei den Verbrauchern keinen Anklang gefunden habe und kaum umgesetzt werden könne. Gewisse Vorurteile bewirken neben dem ziemlich hohen Preis, dass nur wenig Hausfrauen Verständnis für dieses ausgezeichnete Nahrungsmittel zeigen.

Über die Fleischversorgung ist zu berichten, dass die Fleischverteilung an die Schwerarbeiter seit Monaten reibungslos von statten geht. Die Rationen werden an und für sich als ausreichend angesehen, aber es hat sich gezeigt, dass je grösser die Familie der Arbeiter sind, es um so schwieriger ist, mit den Rationen auszukommen. Die Wochenrationen von 250 gr werden nämlich nur in den seltensten Fällen vom Arbeiter allein gegessen. Im allgemeinen ist es so, dass die ganze Familie von dem Fleisch mitisst und zwar wird es in der Regel als Labskaus zubereitet. Der Arbeiter selbst erhält von seiner Ration nur einen Bruchteil, der um so kleiner wird, je mehr Kinder der Arbeiter besitzt.

In Arbeiterkreisen ist übrigens die Meinung verbreitet, dass denjenigen Norwegern, die nicht für Deutschland arbeiten, keine Lebensberechtigung zugestanden würde. Zu dieser Auffassung müsse man kommen, so wird gefolgert, weil bekannt ist, dass auch solche Arbeiter, die schwere Arbeit verrichten, aber nicht für den deutschen Sektor beschäftigt sind, keine Schwerarbeiterzulage erhalten. Das ist z.B. der Fall bei den

- 61 -

Arbeitern einer Eisenwarenfabrik, die ausschliesslich für den Zivilbedarf beschäftigt ist.

Die Fleischversorgung der Normalverbraucher muss als unzureichend bezeichnet werden, da im letzten Halbjahr entweder überhaupt kein Fleisch abgegeben wurde, oder im günstigsten Fall Fleisch nur 2 oder 3 mal zur Verteilung gelangte.

In der letzten Zeit wurden im Norden grössere Mengen Zitronen und Orangen zur Verteilung gebracht. Diese Zuteilungen wurden von der Bevölkerung mit besonderer Zufriedenheit aufgenommen.

Über einige ausgesprochene Mängel in der Versorgungslage werden nachstehende Beispiele gegeben:

1.) Aus Tromsø wird berichtet, dass die Fettversorgung der aus dem Süden kommenden Schiffe eine grosse Belastung für den Troms-Fylke bedeute, weil diese Versorgung aus der Margarinequote des Fylkes erfolgen müsse.

Das Fylke-Versorgungsamt bemerkt dazu, dass ausser den Mannschaften der Schiffe auch noch die vielen Arbeiter versorgt werden müssen, die in der letzten Zeit aus dem Süden nach den dortigen Baustellen gekommen sind.

Dabei handelt es sich um etwa 2 - 3000 Mann. Diese vielen Menschen sollen jetzt aus der früher festgesetzten und bisher nicht erhöhten Quote des Fylke zusätzlich versorgt werden. Die dabei auftretenden Schwierigkeiten fallen umsomehr ins Gewicht, wenn man berücksichtigt, dass die jetzige Margarinequote an sich schon nicht ausreicht, die Fettansprüche der ansässigen Bevölkerung zu erfüllen. Ein Antrag, der beim Versorgungsdepartement auf Gewährung einer zusätzlichen Quote von etwa 2000 kg Margarine pro Monat gestellt wurde, ist abschlägig beschieden worden. Trotz dieser Ablehnung wurde jedoch ein neuer Antrag eingereicht, weil die sonst eintretende katastrophale Lage in der Fettversorgung nicht verantwortet werden kann.

2.) Aus Hammerfest wird über die Versorgungslage des Bezirkes Kautokeino im vergangenen Winter berichtet, dass die Versorgung dieses Bezirkes im Winter 1942/43 auf besonders schwierige Verhältnisse stiess. Bereits im Oktober 1942 war die Strasse von Alta nach Kautokeino schneeverweht, so dass grosse Mengen von Lebensmitteln und anderen wichtigen Waren nicht

- 64 -

befördert werden konnten. So blieb u.a. der gesamte Wintermehlvorrat für Kautokaino (etwa 90 000 kg) in Alta liegen. Ursprünglich hatte die Finnmark Fylkesreederei Hammerfest den Transport dieses Mehls übernommen. Sie liess jedoch den Sommer und den Herbst vergehen, ohne das in Alta liegende Mehl abzutransportieren.

Die in der guten Jahreszeit nach Kautokaino verkehrenden Omnibusse beförderten Passagiere, vielfach Touristen. Das Mehl blieb liegen und alle Einwände des Versorgungsamtes von Kautokaino fruchteten nichts. Im Oktober musste der Omnibusverkehr auf Grund der Wetterverhältnisse eingestellt werden. Der Güter- und Personenverkehr wurde dann mit Renntieren durchgeführt. Wenn man berücksichtigt, dass 20 gute Renntiere in einer Woche nur ungefähr so viel Waren befördern können, wie ein 2 to LKW fasst, so beleuchtet diese Tatsache am besten das Versäumnis der Fylkesreederei.

Zusammenfassend ist hinsichtlich der Gesamtversorgungslage zu bemerken, dass sich die nordnorwegische Bevölkerung im allgemeinen zufriedenstellend äussert. Beim Anstellen von Vergleichen mit der Versorgungslage in den Städten Süd- und Mittelnorwegens, in welcher die Bevölkerung durch briefliche Schilderungen von Angehörigen oder persönlicher Anwesenheit bei Geschäfts- oder Besuchsreisen Einblick gewinnt, kommen selbst gegnerisch eingestellte Kreise zu der Feststellung, dass die Versorgungslage trotz der kriegsbedingten Schwierigkeiten gebessert anzusehen ist, besonders weil in Nordnorwegen meist Fisch in ausreichenden Mengen zur Verfügung steht.

V e r k e h r :

Wie aus hier vorliegenden Berichten hervorgeht, sind in letzter Zeit im Møre-Romsdal-Fylke Bestrebungen in Erscheinung getreten, den bereits seit langem bestehenden Plan zum Bau der sogen.

"Raumabahn" in die Praxis umzusetzen. Es ist vorgesehen, die Bahn von Andalsnes aus nach den 3 Städten Molde, Kristiansund und Aalesund weiterzuführen. Im Hintergrunde dieser Bestrebungen steht der Fylkesmann Kvadsheim. Auf seine Anregung hin wurde u.a. Ende Januar 1943 in Kristiansund eine Besprechung abgehalten, an der alle an dem Bahnbau interessierten Stellen teilnahmen. In dieser Versammlung wurde darauf hingewiesen, dass das Møre- und Romsdal fylke, obwohl es das grösste Fylke Norwegens in gebiets- und bevölkerungsmässiger Hinsicht ist, nur 53 km Bahnen besitzt. Ein Bahnbau würde die wirtschaftliche Erschliessung des Fylkes stark vorantreiben.

Die Pläne für den Bahnbau gehen bis in das Jahr 1892 zurück. Im Jahre 1924 wurde die "Raumabahn" bis Andalsnes gebaut, die dann nach den 3 vorher erwähnten Städten des Fylkes weiter geführt werden sollte. Die Vollendung des Bauvorhabens ist jedoch durch die verschiedensten Umstände, die nicht zuletzt in den gegensätzlichen Interessen innerhalb des Fylkes selbst zu suchen sind, bisher unterblieben.

Da von den verantwortlichen Leitern der Stadt Kristiansund für die Fortführung des Bahnbaues bis Kristiansund nicht genügend Interesse gezeigt wurde, sah sich Fylkesmann Kvadsheim veranlasst, zum Ausdruck zu bringen, dass die Bahn gebaut werden würde, gleichgültig, ob sich Kristiansund daran beteilige oder nicht. Kristiansund müsse bei Nichtbeteiligung jedoch damit rechnen, dass die Bahn in diesem Falle nur bis Vevang gebaut und dass damit der Stadt Kristiansund ihre wirtschaftliche Grundlage genommen würde. Die Stadt könne sich daher schon jetzt in ihrem Wiederaufbau entsprechend einrichten und berücksichtigen, dass es nicht mehr notwendig und auch gar nicht angebracht sei, die zerstörten Stadtteile in der ehemaligen Grösse wieder aufzubauen. Gegen die Bestrebungen zum Bau der Raumabahn trat vor allem der ehemalige Raadmann Anton O. Naes auf, der hervorhob, dass der Ausbau von Strassen und die Einrichtung von Autobus-Routen im Verhältnis zu einem Bahnbau mehr Vorteile biete.

Beim Fylkesting, welches in diesem Monat in Aalesund abgehalten wird, sollen die den Bahnbau betr. Pläne noch einmal in allen Einzelheiten erörtert werden. Bis dahin wird von dem eingesetzten Ausschuss des Fylkesmannes eine Eingabe für die zuständigen Stellen fertiggestellt, die als Grundlage für künftige Verhandlungen dienen soll.

Arbeit und Sozialwesen.Nationaler Arbeitseinsatz.

Aufgrund statistischer Unterlagen des Direktorats für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung wurden im Monat April 10 877 Arbeitskräfte für kriegswichtige Arbeiten, insbesondere Bauvorhaben, 10 485 für die Land- und Forstwirtschaft und 1 738 für andere Arbeiten verpflichtet und im Mai dagegen lediglich ungefähr 4 000 Arbeitskräfte. Das tatsächliche Ausmass der aus der Aktion gewonnenen Arbeitskräfte ist jedoch beträchtlich niedriger als die vom Arbeitsdirektorat angegebenen Zahlen, was beispielsweise aus folgender Aufstellung des Wehrmachtbefehlshabers Norwegen hervorgeht:

1. Rate (1120 Mann zugewiesen am 23.3.43)

	<u>zugewiesen</u>	<u>eingetroffen</u>
Wehrmacht Umschl.Stab. Drontheim	100	40
" " " Bergen	150	54
Kodeis Kristiansand	360	-
" Drontheim	310	135
" Narvik	<u>200</u>	<u>170</u>
		399

2. Rate (1200 Mann zugewiesen am 3.4.43)

Fest.Nachr.Stab 9 Bergen	300	120
" " " 11 Arendal	550	-
" " " 8 Mo	150	Meld.noch nicht eingeg.
" " " 19 Narvik	200	" " " "

3. Rate (1 000 Mann zugewiesen am 11.5.43)

Heer Küst.Art.Rgt.972 Tromsø	400	252
Fest.Nachr.Kdr.VI, Narvik	200	Meld.noch nicht eingeg.
Terr.Befh.i.Polarbereich Narvik	200	" " " "
H.B.D. Lillehammer	200	" " " "

Wie von norwegischen Arbeitseinsatzbehörden erklärt wird, sei es zurzeit nicht möglich, Arbeitskräfte in nennenswertem Umfang für den nationalen Arbeitseinsatz zu verpflichten. Nachdem die Verpflichtung der kaufmännischen Angestellten aus nicht wehrwirtschaftlich wichtigen Betrieben im wesentlichen

- 8 -

schon im April abgeschlossen war, sollte die weitere Bereitstellung von Arbeitskräften in der Hauptsache durch die Stilllegung und Auskämmung von Betrieben erfolgen. Aus dieser Aktion seien jedoch bisher noch keine 500 Arbeitskräfte gewonnen worden, weswegen es nicht möglich sei, für die Bauvorhaben der OT und Wehrmacht die erforderlichen Arbeitskontingente zur Verfügung zu stellen. Der Leiter der Abteilung Arbeit und Sozialwesen, Gauobmann Johlitz, hat daher den Vorschlag gemacht, die jahrgangsweise Dienstverpflichtung aller Norweger im Alter von 18 - 30 Jahren durchzuführen, Männer in erhöhtem Masse ggf. auf dem Wege der Dienstverpflichtung durch Frauen zu ersetzen, die Arbeitszeit auf wöchentlich 54 Stunden zu erhöhen und die Registrierung der Kleinlandwirte und Fischer in den Fylke Nord-Trøndelag, Nordlang, Troms und Finnmarken vorzunehmen, die bisher von der Meldepflicht ausgenommen waren. Bezeichnend für die augenblickliche Situation im nationalen Arbeitseinsatz ist eine Meldung aus Stavanger, dass in dem wehrwirtschaftlich wichtigen Werk "Electric Furnice" in Sauda Schwierigkeiten wegen Arbeitskräftemangel aufgetreten und scheinbar noch nicht behoben seien. Die Inbetriebnahme eines neu aufgestellten Ferrosilicium-Ofens habe sich verzögert, weil die erforderlichen Arbeitskräfte nicht bereitgestellt werden konnten.

Insgesamt besteht zurzeit ein Bedarf von ungefähr 22 000 Arbeitskräften, der im wesentlichen aus der Stilllegungs- und Auskämmaktion gewonnen werden soll. Von diesem Bedarf werden für die Bauvorhaben der OT und Wehrmacht 16 000 Arbeiter benötigt, die bis Juli im Hinblick auf die kurze Bausaison zu stellen sind. Für den Ausbau wichtiger Betriebe, insbesondere kriegsentscheidender Bergbaubetriebe, sind weitere 2 000 Arbeiter angefordert worden. Für den Papierholzeinschlag, dessen Durchführung in rein deutschem Interesse liegt, ist ein Bedarf von 3 000 Arbeitern vorhanden. 400 Arbeiter fehlen für Arbeiten in bergbaulichen Betrieben einschliesslich Quarzbrüchen und Werken der metallgewinnenden und -verarbeitenden Industrie. Hinzu kommt ein dringender

Bedarf von 250 Hafenarbeitern. Es sei in diesem Zusammenhang erwähnt, dass in Norwegen bisher bei der Wehrmacht und OT rund 5 800 ausländische Arbeiter (u.a. Tschechen, Dänen, Holländer, Franzosen, Polen, Belgier) und ungefähr 15 000 Kriegsgefangene eingesetzt sind. Ausserdem beschäftigen die Nordag und die Frostfiletbetriebe fast 3 000 Ostarbeiter. An deutschen Arbeitskräften hat die OT in Norwegen 4 500 Mann eingesetzt.

Mehreren Berichten zufolge hat sich nach den bisherigen Erfahrungen bei der Ausschreibung für den nationalen Arbeitseinsatz gezeigt, dass bei der seinerzeitigen Registrierung eine erheblich grössere Anzahl Meldeformulare mit falschen Angaben eingekommen sind, als anfangs vermutet und festgestellt wurde. So sind beispielsweise beim Osloer Arbeitsamt von den 43 000 erfassten Formularen 10 000 als gefälscht festgestellt worden. Ausserdem zeigt die tägliche Ausschreibung für den nationalen Arbeitseinsatz, dass von den 33 000 Formularen weitere 25% ebenfalls unrichtig sind. Als beispielsweise kürzlich 45 Maurer ausgeschrieben werden sollten, waren von 45 Formularen 20 mit falschen Angaben versehen.

Übereinstimmend wird von den Kommandeuren der Sicherheitspolizei und des SD berichtet, dass ein überaus grosser Teil der zum nationalen Arbeitseinsatz ausgeschriebenen Personen sich durch Herbeibringung von ärztlichen Attesten von dem Einsatz zu drücken versucht. Die Atteste werden von den Vertrauensärzten der Arbeitsämter, die in der Mehrzahl der NS angehören, überprüft. Trotzdem muss der Prozentsatz der von dem Arbeitseinsatz freigestellten Personen als überaus hoch bezeichnet werden. So sind nach Mitteilung des Osloer Arbeitsamtes in diesem Bereich von den 18 - 30jährigen männlichen Personen rund 40% und den 30 - 45jährigen 50 - 60% freigestellt worden. Bei den weiblichen Arbeitskräften verhält es sich ähnlich. Von den durch die Schliessung mehrerer Osloer Kaufhäuser (Steen und Ström usw.) freigewordenen weiblichen Arbeitskräften sollten 80 Frauen für die Strassenbahn ausgeschrieben werden. Sämtliche dieser Frauen hätten ärztliche Atteste über ihre Arbeitsun-

- 76 -

fähigkeit beigebracht. All diese Vorgänge erschweren und verzögern die Arbeit der Arbeitsämter und vor allem die praktische Durchführung des Arbeitseinsatzes ausserordentlich.

Aus Kristiansand und Oslo wird berichtet, dass in letzter Zeit immer mehr für den nationalen Arbeitseinsatz verpflichtete Norweger der illegalen Aufforderung Folge leisten, nicht zum Abtransport zu erscheinen. So seien beispielsweise in Arendal zu einem Transport, für welchen 156 Personen verpflichtet waren, nur 8 erschienen. Minister Lippestad teilte mit, dass bei dem letzten Transport aus Oslo von 65 Personen nur 2 der Einberufung Folge geleistet hätten. Er habe die Angelegenheit der norwegischen Staatspolizei übergeben, damit die nicht erschienenen zwangsweise dem Arbeitseinsatz zugeführt werden sollten. Es seien jedoch nur 20 Personen in ihren Wohnungen angetroffen worden. Der Aufenthalt der übrigen hätte bisher nicht festgestellt werden können. Es sei anzunehmen, dass der eine Teil nach Schweden geflüchtet sei und der andere sich auf dem Lande aufhalte.

Unter Hinweis auf die Meldungen aus Norwegen Nr. 55, in denen angeführt wurde, dass mehrere Arbeitsamtsdirektoren nicht die Gewähr für eine gerechte und zweckentsprechende Durchführung des nationalen Arbeitseinsatzes bieten, werden nunmehr einige typische Beispiele wiedergegeben, die zeigen, in welcher Weise Arbeitsamtsdirektoren den nationalen Arbeitseinsatz geradezu sabotieren. Aufgrund des schlechten Erfolges des nationalen Arbeitseinsatzes in Aust- und Vestagder unternahm der Referent für Arbeit und Sozialwesen der RK-Dienststelle Kristiansand, Müller, mit einem Vertreter des Sozialdepartements eine Inspektionsreise durch die beiden Fylke. Dem nach Abschluss der Reise erstellten Bericht zufolge hatte beispielsweise das Arbeitskontor Vestre-Moland ein Kontingent von 10 Mann zu stellen, jedoch bisher keine einzige Arbeitskraft zur Verfügung gestellt. Nach Rücksprache mit dem Kontorchef wurde festgestellt, dass zwar 10 Personen zum Arbeitseinsatz ausgeschrieben waren, sämtliche Betroffenen hatten jedoch Reklamationen eingesandt, denen vom Distriktskontor in Kristian-

sand stattgegeben wurde. Nach Rückfrage ob andere ausgeschrie-
ben werden sollten, wurde dem Arbeitskontor mitgeteilt, dass
dies nicht nötig sei. Mit der ersten Ausschreibung habe es
seine Pflicht erfüllt und im übrigen solle man langsam vorge-
hen. Von Müller wurde festgestellt, dass das geforderte Kon-
tingent erfüllt werden könnte. Das Arbeitsamt Lillesand hatte
von einem Kontingent von 20 Mann nur 5 dem Arbeitseinsatz
zur Verfügung gestellt. Die anderen Ausschreibungen wurden
aufgrund von Reklamationen unter gleichen Umständen durch das
Distriktskontor freigegeben. Das Arbeitskontor Lillesand ist
nach den getroffenen Feststellungen in der Lage, sogar das
doppelte Kontingent zu stellen. Das Arbeitskontor Grimstad
hatte von 40 bereitzustellenden Arbeitskräften nur 14 zur Ver-
fügung gestellt. Auch hier ergab sich, dass das Distriktskon-
tor ohne vorhergehende gewissenhafte Überprüfung die einzel-
nen Personen ohne weiteres freigegeben und den Standpunkt ver-
treten hatte, dass mit der Ausschreibung des nationalen Arbeits-
einsatzes als erledigt zu betrachten sei. Im Arbeitsamtsbe-
reich Risør wurde das Kontingent von 30 Arbeitskräften eben-
falls nicht gestellt. Es kamen lediglich 15 Personen zum Ein-
satz, obwohl festgestellt wurde, dass das Arbeitsamt in der
Lage ist, mindestens 45 Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen.
Im Arbeitsamtsbereich Kristiansand wurden von 300 ausgeschrie-
benen Personen 136 freigegeben. Das Arbeitsamt hatte in erster
Linie solche Personen verpflichtet, die in lebenswichtigen
Betrieben mit wichtigen Aufgaben betraut waren. Dies hatte
zur Folge, dass Betriebe, die für die Wehrmacht bzw. OT aus-
serordentlich wichtige Aufträge zu erfüllen hatten, stillge-
legt werden mussten. Die Überprüfung der Tätigkeit des Arbeits-
amtes Halse und Harkmark war nicht möglich. Der Leiter des
Arbeitsamtes hatte dem Referenten des RK den Bescheid hinter-
lassen, dass er sich nach seiner Bürozeit richten müsse.

Der Leiter der Abteilung Arbeit und Sozialwesen, Gauobmann
Johlitz, beabsichtigt, auch in anderen Fylke ähnliche Inspek-
tionsreisen durchführen zu lassen.

- 72 -

Es erscheint in diesem Zusammenhang eine Äusserung von Minister Lippestad erwähnenswert, nach der ihm bekannt ist, dass zurzeit der grösste Teil der für den nationalen Arbeitseinsatz ausgeschriebenen Personen dem Stellungsbefehl nicht Folge leistet. Wenn man ihm deutscherseits Vorwürfe wegen der augenblicklichen Situation im nationalen Arbeitseinsatz machen wolle, so müsse man bedenken, dass in erster Linie politische Gründe massgebend seien. Von Anfang an hätte man sich klar darüber sein müssen, dass eine äusserst umfangreiche und geschickte gegnerische Agitation gegen den nationalen Arbeitseinsatz einsetzen würde. Er wolle in diesem Zusammenhang nur erwähnen, dass beispielsweise von den 750 Arbeitsamtsdirektoren 10% der NS angehört, wobei dieser Prozentsatz s.E. schon ganz erfreulich sei.

Einem Bericht aus Oslo zufolge hat Direktor Holm, Leiter des Osloer Arbeitsamtes, erklärt, dass ihm bekannt sei, dass in den Strassen und Gaststätten nach wie vor untätig herumlungende Personen anzutreffen seien, die scheinbar bei den Arbeitsämtern nicht registriert und nur auf dem Wege von Razzien zu erfassen seien. Er habe daher die norwegische Staatspolizei gebeten, schlagartig die Osloer Gaststätten zu überholen.

Aus Bergen wird berichtet, dass die Stimmung gegen den nationalen Arbeitseinsatz zunehme und der NS der Vorwurf gemacht werde, sie habe durch unwahre Behauptungen den Eindruck zu erwecken versucht, dass der Arbeitseinsatz nur im norwegischen Interesse durchgeführt würde. Sehr stark beschäftige man sich mit den Erklärungen des Gewerkschaftsleiters Odd Fossum, nach denen der nationale Arbeitseinsatz nur proklamiert worden sei, um die Produktion, vor allem in ernährungsmässiger Hinsicht zu erhöhen und dem norwegischen Volk die Ernährung zu sichern. Nunmehr habe sich jedoch gezeigt, dass Theorie und Praxis zwei verschiedene Dinge seien,

- 73 -

denn es können kein Mensch behaupten, dass die Arbeiten auf militärischen Baustellen im norwegischen Interesse ausgeführt würden. Die Deutschen und ihre "NS-Trabanten" müssten allmählich gelernt haben, dass die Norweger sich ihr eigenes Urteil bilden könnten. Der nationale Arbeitseinsatz sei nur Lüge und Heuchelei. Besonderes Missfallen habe die Pressemitteilung "Austausch der norwegischen Arbeitskräfte" erregt, in der es u.a. heisst: "Wir müssen die Forderungen der Okkupationsmacht zufriedenstellen, wenn es sich um die Teilnahme am Ausbau der Verteidigungsanlagen unseres Landes handelt."



Standartenführer und
Oberst der Polizei.